

# Liberaler deutscher Ersatz-Kaiser? Zu den politischen Möglichkeiten des Prinzen und Reichskanzlers Max von Baden im Herbst 1918

## I.

Drei Wochen bevor er Max von Baden zum Reichskanzler ernannte, hatte der deutsche Kaiser Wilhelm II. seinen letzten großen öffentlichen Auftritt.<sup>1</sup> Schauplatz des Geschehens am 10. September 1918 war eine Werkshalle des Rüstungsgiganten Krupp in Essen. Dort gab er vor handverlesenem Arbeiter-Publikum einmal mehr den Obersten Kriegsherrn. In heldenmütiger Pose forderte er Gefolgschaft ein: „Wer das Herz auf dem rechten Fleck hat“, so soll er nach dem Pressetext seiner Ansprache gesagt haben, „wer die Treue halten will, der stehe jetzt auf und verspreche Mir anstelle der gesamten deutschen Arbeiterschaft: Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten.“<sup>2</sup>

Es war der Chef seines Geheimen Zivilkabinetts, Friedrich von Berg, der den Reichsmonarchen zu dieser Imagepolitik motiviert und ihm die passende Rede dafür aufgesetzt hatte. Der kaiserliche Agitator soll sich aber nur anfangs an die Vorgaben seines Ratgebers gehalten, sodann aus dem Stegreif gesprochen haben. Wobei er sich so ereiferte, dass er immer wieder mit seinem Säbel auf den Boden stieß. Die erhoffte Wirkung auf die Masse blieb aus. „Ich blickte auf die Zuhörer“, hat ein – wohlgerne kaisertreuer – Begleiter damals protokolliert. „Der innere Kontakt, den der Beginn der Ansprache hergestellt hatte, ging mehr und mehr verloren. Die Mienen erstarrten, und je mehr der Kaiser sich steigerte, umso offenkundiger wurde die Ablehnung.“<sup>3</sup> Am Ende herrschte bei allen aus dem Gefolge das Gefühl vor, Wilhelm II. hätte diese womöglich letzte Chance, das Volk noch einmal hinter seinen Kaiser zu bringen, heillos vertan. Und einig war man sich auch darin, dass seine gesprochenen Worte auf gar keinen Fall nach der stenographischen Niederschrift veröffentlicht werden dürften.

1 Das nachfolgende Szenario ausführlicher bei Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen. Neuaufl. München 2016, S. 149-154.

2 Zit. nach dem Rede-Abdruck in der *Deutschen Tageszeitung* Nr. 463 vom 12.9. 1918.

3 Alfred Niemann: Kaiser und Revolution. Berlin 1922, S. 80.

Doch selbst der frisierte Redetext lässt deutlich erkennen, wie sehr dieser Herrscher inzwischen aus der Zeit gefallen war – mit seiner rückwärtsgewandten Rhetorik und seinen gebieterischen Attitüden, seiner mangelnden Empathie gegenüber den Leiden und Entbehrungen des Volkes, seinem Unverständnis für dessen Hunger nach Brot, Frieden und politischer Teilhabe. Das angeführte Zitat reicht aus, dies zu erfassen. So geriet Wilhelms Auftritt in Essen zu einem letzten Zeugnis für die Vergeudung jenes einstmals so gewaltigen moralischen und politischen Kapitals, das ihm die überwiegend königstreue Gesellschaft des Wilhelminischen Reiches so viele Jahre lang großzügig gewährt hatte. Der Kaiser hatte nichts mehr in petto, was das Volk für seine Geduld hätte entschädigen können – nichts, was ihre drängenden Zukunftssorgen auch nur ein wenig mildern konnte. Und *königlich* kann man diese Performance sicher auch nicht mehr nennen. Schon weil ihr die Achtung vor den Menschen abging, die da vor ihm standen. Und weil sie den unerträglichen Druck ignorierte, der auf der Bevölkerung lastete.

Die Autorität dieses Herrschers war der Lage nicht mehr gewachsen. Schon länger hatte er der Erwartungshaltung seines strapazierten Volkes nicht mehr entsprochen. Doch jetzt war sein Bedeutungs- und Prestigeverlust so eklatant geworden, dass er die Frage nach seiner politischen Daseinsberechtigung *überhaupt* aufwarf. Deutlicher gesagt: Das preußisch-deutsche Kaisertum, so wie es Wilhelm II. 1918 repräsentierte, stand im Begriff, zu einem hoffnungslosen Fall – ja, es drohte nachgerade, ein öffentliches Ärgernis für die monarchische Idee in Deutschland zu werden. Das Unheil, das er auf seine Person zog, war nun absehbar.<sup>4</sup>

Noch am Abend seines missratenen Essener Auftritts empfing der Monarch einen persönlichen Kurier des Prinzen Max von Baden,<sup>5</sup> der ihm ein Konvolut mit privaten Schreiben seines Herrn übergab. Herzstück war ein politischer Brandbrief des badischen Thronfolgers an seinen kaiserlichen Vetter. Darin hieß es: Wilhelm solle aus *freiem Entschluss* unverzüglich eine Regierung der nationalen Einheit berufen. Mit einem Charakterkopf an der Spitze, der als Vertrauensmann des Kaisers die Führung des Volkes übernehme. Noch könne der Monarch solch' eine rettende Tat vollbringen – sua sponte. Aber nur als kommender Volkskaiser habe Wilhelm eine Chance, neues Vertrauen zu gewinnen. Und wenn er für diese Führungsaufgabe einen treu ergebenen politischen Ratgeber, sprich: einen neuen Reichskanzler

4 Vgl. Bernd Sösemann: Der Zerfall des Kaisergedankens im Ersten Weltkrieg, in: John C. G. Röhl (Hrsg.): Der Ort Wilhelms II. in der Geschichte. München 1991, S. 145-170; Jörg-Uwe Fischer: Admiral des Kaisers. Georg Alexander von Müller als Chef des Marinekabinetts Wilhelms II. Frankfurt a. M. 1992, S. 140 ff. sowie John C. G. Röhl: Wilhelm II. Bd. 3, München 2011, S. 1203 ff.

5 Zur Biographie Max von Badens Lothar Machtan: Der letzte Kanzler des Kaisers. Prinz Max von Baden. Eine Biographie. Berlin 2013; speziell zur nachfolgend geschilderten Begebenheit S. 367 ff.

brauche, so stehe er, Max, dafür jederzeit zur Verfügung. Der Adressat dankte verbindlich für diese Offerte, um jedoch postwendend abzuwinken: „Unsere Ansichten sind in der Grundlage übereinstimmend, in diesem Sinne arbeite ich und sind von mir alle Weisungen gegeben.“<sup>6</sup> Etwas anderes könne derzeit nicht in Aussicht genommen werden. Das war eine höfliche, aber bestimmte Zurückweisung.

Nur wenig später stand Max von Baden als Hauptakteur auf der politischen Bühne des deutschen Kaiserreichs. Als dessen Endzeitkanzler ist er in die Geschichte eingegangen; für die einen als unverantwortlicher Totengräber der Monarchie, für die anderen als liberaler Überwinder des Obrigkeitstaates.<sup>7</sup> Seiner politischen Coleur nach blieb er zu schillernd, als dass man ihn in der Parteienlandschaft seiner Zeit verorten könnte. Doch meinten enge Weggefährten zu wissen, dass ihm liberales Denken nicht eben fremd war.

Wie konnte ausgerechnet der Thronfolger für das süddeutsche Großherzogtum Baden, ein im Reich politisch fast unbeschriebenes Blatt, sich zu so einer (höchst umstrittenen) historischen Größe aufschwingen? Wie geriet er überhaupt an die Spitze jenes Berliner Ensembles, das den Untergang des deutschen Kaiserreichs schlussendlich zu verantworten hatte? Dieses Drama kann nur ergründen, wer sich eingehend mit der Vita des Prinzen befasst. Und sie synchronisiert mit der Krise des monarchischen Systems in Deutschland, wie sie 1917 virulent wurde. Hervorgegangen war diese gefährliche Situation aus dem Mangel an konstruktiver Politik. Präziser gesagt: aus dem Unvermögen der Berliner Reichsleitung, steuernd einzugreifen in die immer riskantere deutsche Kriegsführung. Max von Badens Biographie gewinnt jener Politikgeschichte nun allerdings Seiten ab, die die Forschung bislang eher auszusparen pflegte. Vielleicht, weil sich aus dem, was sein Politikerleben abbildet, ein Szenario ergibt, das auf den ersten Blick mehr großes Kino zu sein scheint als große Politik. Umso mehr, als es den Prinzen in die harte Bretter-Welt des Politikmachens gleichsam *verschlug*. Bis 1915 wäre er niemals darauf gekommen, sich Politik zum Lebensinhalt zu wählen.

Gleichwohl hat dieser Kanzler Deutschlands Epochenwechsel vom 19. in das 20. Jahrhundert nicht einfach nur an maßgeblicher Stelle durchlebt, passiv leidend; er hat ihn auch ein kleines, aber entscheidendes Stück weit mitgestaltet, ihm mehr als nur eine politische Facette hinzugefügt. Die Zäsur, für die er mitverantwortlich zeichnete, ist es wert, im Lichte seiner Biographie noch einmal fokussiert zu werden. Denn daraus ergibt sich eine veränderte Perspektive auf diese bedeutsame Weggabelung in der neueren deut-

6 Wilhelm II. an Max von Baden, zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Neu herausgegeben von Golo Mann und Andreas Burckhard. Stuttgart 1968, S. 307.

7 Zum umstrittenen Bild dieses Protagonisten im 20. Jahrhundert vgl. Lothar Machtan: Autobiographie als geschichtspolitische Waffe. Die Memoiren des letzten kaiserlichen Kanzlers Max von Baden. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 481-512.

schen Geschichte. Eine Sicht jenseits der bislang in der Weimar-Forschung zu beobachtenden „Erfolg-Scheitern-Dichotomie“.<sup>8</sup> Mit solch‘ einer Nahaussicht auf die damaligen Schlüsselakteure in der Berliner Reichsleitung wird die relative Offenheit der damaligen Situation erkennbar. Unter diesen nahm der letzte Kanzler des Kaisers im deutschen Herbst die Hauptrolle ein. Sie erweist sich als so bedeutsam, dass man ohne sie die abrupte Liquidation des Bismarckreiches nicht erfassen kann. Diese Geschichte ist freilich so sehr auch von ganz Persönlichem geprägt, dass sie sich nicht allein auf politische Notenzeilen schreiben lässt. Nähere Bekannte des Probanden haben diese Verstrickung vom Beginn dieser Kanzlerschaft an besorgt. „Der gute Prinz Max“, so argwöhnte Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst, selbst blau-blütiger Sohn eines deutschen Reichskanzlers, „embarquiert sich da in eine Sache, ohne zu ahnen, wohin ihn das führen kann. Eigentlich tut er mir leid.“<sup>9</sup>

## II.

Die Biographie dieses Endzeit-Kanzlers hat anzusetzen bei seiner Fürsten-Sozialisation und dabei insbesondere in Rechnung zu stellen, wie der Prinz durch die tragische Fügung eines Todesfalls über Nacht zum Anwärter auf den großherzoglichen Thron in Baden wurde. Was dieser plötzliche Wechsel von der Nebenlinie in die Hauptlinie der Zähringer Dynastie aus ihm gemacht hat, war nachhaltig. Die Alleinstellungsmerkmale seiner politischen Karriere erklären sich vorzugsweise aus diesem dynastischen Zusammenhang, in den sein Leben im Jahre 1888 auf ganz neue Weise hineingestellt wurde. Das engmaschige Gewebe von nahen sowie fernerer Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb einer europäischen Großfamilie mit ihrer distinkten Hochadelskultur prägte nun stärker als je zuvor die Umstände seines Daseins. Das wichtigste Bezugssystem blieb dabei das Herrscherhaus der Zähringer, das seit Napoleon die Monarchie in Baden verkörperte.<sup>10</sup> Den überkommenen Anspruch seines Souveräns, über die Gewalten darin mehr oder minder eigenmächtig verfügen zu können, hatte Bismarck durch die

8 Vgl. Alexander Gallus in der Einführung zu dem Sammelband Ders. (Hrsg.): *Die vergessene Revolution*. Göttingen 2010, hier S. 9 bzw. S. 36 sowie Andreas Wirsching: *Die Weimarer Republik*, München, 2. Aufl. 2008, S. 51-59. – Vom Ansatz her ähnlich wie die hier verfolgte Perspektive Tim B. Müller: *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*. Hamburg 2014, hier S. 18 bzw. S. 49.

9 Prinz Alexander Hohenlohe an Dr. Muehlon aus Ragaz vom 4.10. 1918, in: Institut für Zeitgeschichte München, Nachlass Muehlon, ED 142/11.

10 Vgl. hierzu im Einzelnen Lothar Machtan: *Star-Monarch oder Muster-Monarchie? Zum politischen Herrschaftssystem des Großherzogtums Baden im langen 19. Jahrhundert*. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): *Konstitutionalismus in Europa*. Göttingen 2014, S. 257-286.

Reichsgründung von oben noch einmal festschreiben und machtpolitisch absichern können. So gehörte das geweihte, quasi heilige Dasein des Monarchen zur Matrix der politischen Weltanschauung des Prinzen Max. Dies gründlich zu reflektieren, kann einiges zum historischen Verständnis seiner affektiv-kognitiven Eigenwelt beitragen, aus der sich wiederum maßgebliche Wahrnehmungsmuster erklären lassen.

Dass er die fürstlichen Konventionen als besonders bedrückend empfand, ist freilich auch bezeugt. Bereits vor seiner unerwarteten Rangerhöhung hatte er ein bemerkenswertes Bewusstsein für die eigene Individualität ausgeprägt. Aber ein aristokratisches Ästheten-Leben, wie es ihm eigentlich vorschwebte, schied aus, als ihn die Schuldigkeit ereilte, für den Fortbestand der badischen Monarchie zu sorgen - und er diese schwere Verantwortung nolens volens übernahm. Was folgte, waren: der obligatorische Militärdienst bei einem preußischen Garderegiment, zahllose Repräsentationspflichten am Berliner sowie am Karlsruher Hof, Kavalierstouren in Europa, auf Brautschau-Gehen. So schliff er die Formen fein, in die er Denken, Fühlen und Habitus kleiden musste, um bei seinen Standesgenossen Anerkennung zu finden – und ein Achtung gebietendes Prestige beim Rest der Welt. Aufgrund seines durchaus honetten Charakters entwickelte Max die gewinnenden Eigenschaften eines sympathischen, eloquenten und angenehmen Gesellschafters, dem es mühelos gelang, einflussreiche Gönner und Förderer zu finden. Ein politischer Kopf wurde er dabei nicht; auch nicht, als er später mit dem Präsidium der Ersten Badischen Kammer betraut wurde. Doch das konstitutionelle Amt verschaffte ihm reichlich Gelegenheit, sich der politischen Öffentlichkeit von Baden als liebenswerter Thronanwärter zu empfehlen. Dazu trug vielleicht mehr noch die standesgemäße Ehe mit der Prinzessin Marie Louise aus dem von Bismarck entthronnten Königshaus Hannover bei, die ein dynastiepolitisches Meisterstück des Bräutigams gewesen war. Denn mit diesem Arrangement wurde die Welfendynastie rehabilitiert. Durch die Geburt des Sohnes Berthold im Jahre 1906 hat Max von Baden sich als Zukunftsträger des großherzoglichen Hauses dann endgültig etabliert.

Max' Biographie hat sich auch mit seiner durchaus heiklen Privatgeschichte bis 1914 auseinanderzusetzen, seinem intimen Freundeskreis, seinen Hauptbetätigungsfeldern. Und seinen Überlebensstrategien. Diese Entschlüsselung seines Privatverhaltens ist zum tieferen Verständnis seiner öffentlichen Person unverzichtbar. Denn „privatmenschlich“ betrachtet, blieb diese Prinzen-Vita in fatale, weil unlösbare Widersprüche verstrickt. Max' vitaler Drang nach einem persönlichen Leben – die Sehnsucht seiner Seele – kollidierte so stark mit den gerade entgegengesetzten Anforderungen der ihn umgebenden Welt, dass er sich immer wieder ungeheure Zwänge antun musste, um halbwegs zu bestehen. Noch etwas kam hier erschwerend hinzu:

seine Homosexualität. Seine Gefühlsneigung zum eigenen Geschlecht blockierte ihn enorm, machte es zu einer Herkulesaufgabe, seine Lebensführung an die hoheitlichen Normen, die seine Welt beherrschten, anzupassen. Und sie machte ihn verletzbar. Selbst in intimsten Angelegenheiten seines Privatlebens bekam Max die Zwangsgesetze seiner Besonderheit als eherne ins Gewissen geschrieben. Zwar standen ihm Mittel zu Gebote, um diesen gewaltigen Druck abzufedern und abzuleiten. Es gab gewisse Schutzmechanismen, wie Max sie beispielsweise immer wieder unter den Fittichen seiner russischen Mutter fand; es gab versierte Lebensberater wie Axel Munthe, Cosima Wagner oder Lebensreformer wie Johannes Müller, die über akute Krisen hinweghalfen. Refugien wie das Schloss Salem am Bodensee; schließlich diverse Ablenkungsszenarien: angefangen von Reisen in die Sonne des Südens oder auf die Gipfel der Hochalpen bis hin zu den Fluchten der Erlösungssuche unter den mystischen Klängen des Götterdämmerungstheaters von Bayreuth. Insofern musste er nicht sein komplettes Leben dem Komment unterwerfen. Er setzte buchstäblich Himmel und Hölle in Bewegung, um diese Zwangsmechanismen immer wieder auszuhebeln, und entwickelte dabei ein bemerkenswertes Repertoire an Strategien. Aber es gab definitiv keine Aussicht auf einen anderen Weltbezug seiner öffentlichen Person.

Von einer im engeren Sinne politischen Biographie kann man erst für die Jahre 1914 bis 1918 sprechen. In der Zeit davor war von politischen Ambitionen noch nichts zu sehen gewesen: weder Anzeichen eines staatsmännischen Formats noch besonderes Interesse an der geistigen Durchdringung von politischen Grundsatzfragen. Er blieb davon überzeugt, dass man etwaiigen Demokratieansprüchen des Volkes durch eine verfeinerte Kultur des Monarchischen auch auf Dauer erfolgreich würde begegnen können. Das seiner Meinung nach gesellschaftlich tief verankerte monarchische Gefühl, den überkommenen Autoritätsrespekt wollte er pflegen. Seine eigene hoheitliche Person begriff er dabei als probaten Werbeträger für eine solche akzeptanzorientierte Fürstenherrschaft. Mit dieser wohltemperierten Imagepflege war es im August 1914 schlagartig vorbei. Die komplette Existenz des Prinzen Max geriet in Kriegszustand. Ein äußerst umtriebiges Leben begann, die brutale militärische Konfrontation der Großmächte wurde ihm zur biographischen Bruchstelle.

Dafür war die peinliche Erfahrung seines Versagens beim Kriegsdienst an der Front maßgeblich,<sup>11</sup> die sein Leben auf ungeahnte Weise überschattete, weil er seitdem so etwas wie eine existenzielle Verlorenheit spürte. Ein Gefühl der Scham, der Selbstentwertung stellte sich ein. Aus dieser mehr inneren als äusseren Demütigung erwuchs sein Verlangen nach Kompensation – durch (im Wortsinn) „Große Politik“. Denn die Schmach saß tief bei einem hochdekorierten Aristokraten im Generalsrang, der besonders intensiv in einen strengen Kodex der Ehre sozialisiert worden war. Der also nur zu gut wusste: Wer sich als langjähriger *Berufssoldat* dem Frontdienst entzieht, der handelt unehrenhaft, stellt sich bloß. Auch wenn er sich ersatzweise noch so sehr bemühte, seinen Kriegsdienst auf anderen Feldern – hier dem der Gefangenfürsorge – zu leisten. Seine Frontdienstverweigerung brachte nicht allein Ansehensverlust über sein Fürstenhaus. Es tangierte auch seine monarchische Identität, seine royale Selbstachtung. Denn darin manifestierte sich eine eklatante Abweichung von jener Kultur der Würde, die der royale Herrscherstand als seine informelle Verfassung immer noch hochhielt.<sup>12</sup> In einer Militärmonarchie wie dem preußisch-deutschen Kaiserreich war die Generalsuniform nachgerade zum Aushängeschild fürstlicher Performance geworden. Mit der hatte sich auch Prinz Max von Baden bis 1914 nur zu gern gezeigt und dekorativ malen lassen, bis er zu dem wurde, was seine Spötter damals einen „Sanitätsgeneral“ nannten.

Weil er sich militärisch nicht beweisen konnte, versuchte er es in der Politik. Ab 1917 macht Max sich innerlich auf den Weg zu diesen neuen Ufern. Er definiert sich in eine neue Rolle hinein, und zwar eine große. Die eines potenziellen Nationalhelden, auf den ein Schicksal warte: die Rettung des deutschen Kaiserreichs vor großen Gefahren. Er imaginierte sich als neuen Marcus Curtius, jene Heldenfigur aus der antiken Mythologie, die Rom seinerzeit durch eine sich selbst opfernde Heldentat vor drohendem Untergang bewahrte. Durch einen solchen voluntaristischen Kraftakt wollte er seine Scharte auswetzen und versuchen, seinem Prinzen-Dasein doch noch eine Wende zum Ehr-, ja Bewunderungswürdigen zu geben. Doch der Prägekraft seiner ganz persönlichen Geschichte konnte er damit ebenso wenig entkommen, wie ihn seine vermeintliche politische Mission aus dem Schatten seiner royalen Herkunft treten ließ.

11 Obwohl er seinem militärischen Rang nach ein Divisionskommandeur mit langjähriger Berufserfahrung war, hatte sich der General Max von Baden bei Kriegsausbruch geweigert, einen Kommandoposten im Felde zu übernehmen. Fataler noch für sein Image: er zog sich bereits im September 1914 gänzlich vom Kriegsschauplatz zurück, weil er meinte, dort „auf die Dauer kaputt (zu) gehen“. Stattdessen engagierte er sich beim Roten Kreuz, was an sich aller Ehren wert war, aber von der öffentlichen Meinung nicht goutiert wurde. Zu den Einzelheiten vgl. Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 243 ff.

12 Hierzu zuletzt Martina Fetting: Zum Selbstverständnis der letzten deutschen Monarchen. Frankfurt a. M. 2013, S. 68 ff.

Einmal im Flechtwerk der Politik angekommen, hat er freilich allergrößten Wert darauf gelegt, sich von anderen auf die Bühne der großen Politik bitten zu lassen. Tatsächlich fanden sich solche Zuarbeiter – *Spin Doctors* –, die ihr Möglichstes gaben, den badischen Thronprätendenten zum Anwalt einer höheren politischen Wahrheit zu stilisieren, der ein – so die Announce – großes weltgewinnendes Programm in petto habe. Ein Programm des sog. ethischen Imperialismus, mit dem die deutschen Weltmachtansprüche vor allem kulturell begründet werden sollten – und nicht mehr primär von wirtschaftlichen und sonstigen Macht-Interessen her. Ein Programm, dem dieser tadellose Aristokrat mit dem politischen Ansehen des höchsten Staatsamtes zu internationaler Anerkennung verhelfen wolle und könne. Eine moralische Offensive, die geeignet sei, das deutsche Kaiserreich am Ende doch noch auf die Siegerspur der Geschichte zurück zu führen. Ihr als Blaupause zugrunde lag die Vision einer deutschen Weltdurchdringung durch beispielhafte Ideenpolitik – bei gleichzeitiger Reformierung der politischen Kultur in Deutschland (nach englischem Muster). Deren intellektuelle Urheber wie Paul Rohrbach, Kurt Hahn, Alfred Weber u. a. hatten das Programm dem Prinzen ins politische Stammbuch geschrieben.<sup>13</sup> Angesichts der schon notorisch zu bezeichnenden ideologischen Unterlegenheit der deutschen Kriegspropaganda gegenüber den alliierten Versprechungen einer besseren freiheitlicheren Welt<sup>14</sup> war die Idee einer moralischen Offensive an und für sich nicht verkehrt. Aber ob ausgerechnet ein eingeschworener Zivilist wie Max von Baden, der niemals eine eigene Anschauung vom Wesen der deutschen Kriegsführung sich hat aneignen mögen, mit solch‘ einem Programm militärischen Autoritäten vom Format des populären Duos Ludendorff/Hindenburg eine politische Grenze würde ziehen können, das stand auf einem ganz anderen Blatt.

Außerdem war es bereits „5 vor 12“, als Max sich rufen ließ, oder vielleicht sogar noch ein wenig später. Das wusste auch er. Eine militärische Niederlage im „Großen Krieg“ zeichnete sich ab. Die normative Kraft des Faktischen hatte den bis dato starren Siegfriedenswillen der Obersten Heeresleitung gebrochen. Die politische Führung in Berlin war verunsichert, ja wie gelähmt, das Staatsschiff ohne Navigation. Und manches deutete darauf hin, dass die Regierung nun über kurz oder lang einen politischen Offenbarungseid würde leisten müssen.<sup>15</sup> Dennoch, oder gerade deshalb, gab es für Max von Baden im September 1918 kein Halten mehr. Endgültig hatte ihn

13 Dazu mit weiteren Verweisen Machtan: Prinz Max von Baden (wie Ann. 5), S. 334 ff.

14 Vgl. Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg. Stuttgart 2013 (bes. Kapitel 5). Außerdem Herfried Münkler: Der Große Krieg. Berlin 2013, S. 248 ff.

15 Hierzu jetzt eindringlich Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs. München 2014, S. 872 ff.

die Mission durchdrungen, „retten zu müssen“.<sup>16</sup> Das war insofern kein reines Hirngespinst, als in ganz Deutschland das Gefühl sich breit gemacht hatte, politisch führerlos geworden zu sein. Das einstige Vertrauen der Bürger, die Leitung der deutschen Nation in festen Händen zu wissen, war dahin, ebenso wie die euphorische Bereitschaft zum Krieg der Jahre 1914/15. Max selbst empfand seinen politischen Auftrag zwar als schweren persönlichen Opfergang, sah in seiner Ernennung zum Staatsführer aber zugleich eine historische Notwendigkeit. Es sei, so sagte er seinem Lebensberater Johannes Müller, eine „Sache des Glaubens und der Hingabe für die Erhaltung Deutschlands und sein stolzes Hervorgehen aus dieser Wirrnis“.<sup>17</sup> Diese heroische Moral mag imponieren, rein menschlich besehen. Sie macht den selbsternannten Kanzlerkandidaten sogar sympathisch. Wenn man nur nicht sogleich mit seinem Absturz in die Katastrophe rechnen müsste.

Denn für eine royale Persönlichkeit wie ihn war das Große-Politik-Machen im Jahre 1918 eigentlich eine unmögliche Existenzform. Er hatte nie gelernt, dass Politik mit dem gründlichen Studium der Wirklichkeit beginnt. Und es gab niemanden, der das trügerische Bild, das sich Prinz Max – wie viele seiner Standesgenossen – in seinem Kopf von Deutschlands politischer Lage gemalt hatte (hatte malen lassen), durch eine richtige – genauer: realistische – Zeichnung ersetzen konnte. Das Wesen des politischen Betriebes in der Berliner Wilhelmstraße kannte er so gut wie nicht. Er besaß keine Imprägnierung gegen die extreme Witterung, die dort herrschte. Er hatte keine Ahnung von den hohen Erwartungen, die sich in dieser gefahrvollen Situation an einen deutschen Reichskanzler richteten. Er besaß nicht, was man heute Risikokompetenz nennen würde, und er war auf die Wahrscheinlichkeit nicht eingestellt, dass sein – ihm souffliertes – Rettungskonzept vielleicht gar nicht aufging. Für eine vorausschauende Beurteilung der politischen Gesamtlage in Europa fehlten ihm sowohl eingehende Sachkenntnis als auch analytische Fähigkeiten – von diplomatischem Erfahrungswissen ganz zu schweigen. So konnte er große Politik auch nicht im pragmatischen Zusammenhang auffassen. Vielmehr blieb er durchdrungen von dem Märchenglauben, ein öffentlichkeitswirksamer moralischer Appell an das Weltgewissen sei schon eine politische Großtat, würde womöglich schon reichen, dem Großen Krieg endlich ein Ziel zu setzen. Der Rest funktioniere dann gleichsam durch – Handauflegen. Max wollte die Welt mit Worten heilen. Das war an visionärem Überschuss kaum mehr zu überbieten, bis hin zur Realitätsverweigerung den verschleppten Verhältnissen gegenüber. So kam er auch gar nicht auf die Idee, sich bei den damals Regierenden rück zu vergewis-

16 Max von Baden an Kurt Hahn vom 2.8. 1918, zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente (wie Anm. 6), S. 635.

17 Max von Baden an Johannes Müller vom 30.8. 1918, in: Archiv Schloss Elmau, Nachlass Müller (Abschrift).

sern, ob sein Konzept des ethischen Imperialismus überhaupt eine realpolitische Chance habe.

Auch das parlamentarische Wesen war ihm fremd, ja befreindlich. So gab es zwischen seiner idealen politischen Welt und der realen Welt der Politik im Jahre 1918 kaum Schnittflächen. Dafür klafften die jeweiligen Wertes- und Wirklichkeitsvorstellungen zu krass auseinander. Wie sollte der neue Mann da mit Aussicht auf Erfolg an die vorderste Linie treten und dort auch noch richtungsbestimmend sein? Wie sollte er den moralischen Verpflichtungsgrad erkennen, der hinter seiner politischen Aufgabe stand, wie in der kruden Wirklichkeit des Berliner Politikbetriebs überhaupt ankommen?

Als hochsensibles Gefühlswesen hatte Max intuitiv sicher manches erfasst von dem, was der stagnierenden Reichspolitik damals Not tat – aber damit allein war es noch nicht getan, wo so viele andere Voraussetzungen ersprießlichen Wirkens fehlten. Das hatte er selbst gespürt und gelegentlich auch thematisiert. Dennoch redete er sich im September 1918 ein – und mehr noch ließ er sich einreden –, etwas zu können, was er nie gelernt, geschweige denn praktisch erprobt hatte, nämlich ein komplexes Staatswesen zu lenken, ja durch die gefährlichen Klippen der größten Herausforderung seiner Geschichte zu steuern. Das hatte weniger mit maßloser Selbstüberschätzung zu tun als mit Naivität, Ideologie – und Autosuggestion. Anders lässt sich die große Unvernunft dieses Unternehmens schlechterdings nicht erklären. Eine Unbesonnenheit, die darin bestand, sich aus dem vertrauten Milieu seines abgeschirmten monarchischen Kosmos hinaus zu begeben in ein Terrain, wo das rauhe Klima und die noch raueren Sitten eines permanenten Kampfes um Macht, Einfluss und Führung herrschten. Zumal in einem Land, das seit vier Jahren einen immer totaleren Krieg gegen eine Welt von Feinden führte, das auch zu einem innenpolitischen Minenfeld sonders gleichen geworden war. Schon in Friedenszeiten wäre es eine kaum lösbare Aufgabe gewesen, die angestammte Sphäre fürstlicher Immunität mit dem risikanten Operationsfeld eines öffentlich agierenden politischen Führers miteinander in Einklang zu bringen oder sie gar zu synchronisieren.

Es war mithin eine Karriere entgegen jeder Wahrscheinlichkeit, die Max von Baden da anstrebte. Auch entgegen der Tektonik, die dem Bismarck'schen Monarchie-Modell zugrunde lag.<sup>18</sup> Das kannte nämlich keine Reichskanzler royaler Provenienz – also von tendenziell *Gottes Gnaden*. Aber es war noch weit mehr als eine in Preußen-Deutschland außergewöhn-

18 Vgl. grundsätzlich hierzu Lothar Machtan: Deutschlands gekrönter Herrscherstand am Vorabend des Ersten Weltkriegs – Ein Inspektionsbericht zur Funktionstüchtigkeit des deutschen Monarchie-Modells, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010), S. 222–242; Dorothee Gottwald: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2009 sowie Dieter Langewiesche: Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert. Heidelberg 2013.

liche Form von politischer Karriere, was da vor sich ging. Max von Baden trachtete nach einer Rolle, für die es gar kein politisches Drehbuch gab. Er wollte eine politische Offensive starten, für die es gar keine Truppen gab, eine Regierung führen, ohne einen belastbaren Plan dafür zu haben.

Was seine Ambitionen allenfalls legitimierte, war eine Zeitströmung – ein Phänomen, das die kulturgeschichtliche Forschung jüngst als eine zunehmend ästhetisch aufgeladene Genieerwartung dechiffriert hat. Es habe sich darin ein ganz neues unkonventionelles Anforderungsprofil an das politische Führungspersonal herauskristallisiert, von dem man sich das Gegenteil systemkonformer bürokratischer Herrschaftstechnik versprach, nämlich: wagemutig-eigenwilliges Handeln, auch ohne vorangegangene Ochsentour.<sup>19</sup> Ein schönes Beispiel für diese Erscheinung liefert uns ein Brief, den der Lyriker Rainer Maria Rilke Anfang Oktober 1918 an Max von Baden aufgesetzt hat: Er dränge „namenlos zu der Stelle, die E.H. eben mit so großartigem Entschluss angetreten haben“, weil er „unbeschreibliche Hoffnungen“ auf diese Kanzlerschaft setze. Euphorisch begrüßte er in dem Prinzen „den begnadeten Schützer des Neuen“, unter dessen „sicherer Führung“ es jetzt endlich möglich sei, „ein neues Blatt der Geschichte zu beginnen“ und „das deutsche Volk den Enttäuschungen und Erwartungen, die noch zum Gestern gehören, mit einem Schlag zu entreißen“.<sup>20</sup> Indem der neue Kanzler hier zu einem Objekt kultureller Zuschreibung wurde, schien sich sein politisches Kapital – auf der symbolischen Ebene – tatsächlich zu vergrößern. Es fragt sich nur, welches praktische Hervortreten dieses Prinzen dem Poeten eigentlich Grund zu der Annahme bot, dass diesem Max von Baden so eine Kühnheit zu durchgreifendem Staatshandeln auch tatsächlich eigen, dass er überhaupt zu vorurteilslosem Umdenken bereit sei. Rilkes sehnlichster Wunsch nach einer endlich auch einmal in ästhetischer Hinsicht erhabenen Führungsgestalt ist da wohl Vater des Gedankens gewesen. Solche Vorstellungen waren freilich auch anderen Intellektuellen im Herbst 1918 keineswegs fremd.<sup>21</sup> Das spezielle Erscheinungsbild dieses Prinzen gab überhaupt so manchem Betrachter das „instinktive Gefühl“ ein, „dass man da eine *rara avis* unter den deutschen Fürsten vor sich hat und einen, der aus einem etwas anderen Stoff ge-

19 Vgl. Carolin Lange: *Genies im Reichstag: Führerbilder des republikanischen Bürgertums in der Weimarer Republik*. Hannover 2012. – Mit Anwendung auf Hitler hat Wolfram Pyta diesen Ansatz eines „ästhetischen Ermächtigungskonzepts“ jüngst eindrucksvoll entfaltet: Ders.: *Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse*. München 2015.

20 Zit. nach dem Abdruck des undatierten Briefentwurfs bei Joachim W. Storck (Hrsg.): *Rainer Maria Rilke. Briefe zur Politik*. Frankfurt a. M./Leipzig 1992, S. 224 f.

21 Vgl. Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 349. – Selbst der Begründer der Anthroposophie Rudolf Steiner setzte damals große Hoffnungen auf einen geistig-moralischen Neuanfang durch eine politische Rolle des Prinzen Max von Baden: Vgl. Peter Selg: *Rudolf Steiner Bd. 2 : 1914-1922. Arlesheim* 2012, S. 1222 ff.

schnitzt ist wie die Anderen“.<sup>22</sup> Eine Art Paradiesvogel also, in den sich politisch viel hineinprojizieren ließ, insbesondere die Hoffnung, dass ein Außenseiter vielleicht klarer erkennen könnte, was regierungspolitisch gerade schief läuft, weil er den nötigen Abstand zu den Schalthebeln der Macht habe und den herrschenden Regeln des Politikbetriebes weniger sklatisch folge. In den Worten von Theodor Wolff: „Es war etwas Besonderes, noch nicht Dagewesenes, und nur das Besondere, noch nicht Dagewesene, konnte auf die Phantasie wirken und noch einmal einen seelischen Aufschwung bringen.“<sup>23</sup>

Schließlich war da noch – *Kurt Hahn*, ein ungemein ambitionierter Geistesarbeiter im Berliner Politikbetrieb mit einer suggestiven Sprach- und Schreibkraft, der in Max von Baden den endlich gefundenen Realisator seiner politischen Ideale erblickte und dem Prinzen überdies von Herzen zugesetzt war.<sup>24</sup> Ihm gelang es, sein schier unerschöpfliches Energiefeld auf den badischen Thronanwärter zu übertragen, und zwar so, dass man bisweilen den Eindruck erhält, er habe ihm einen Zaubertrank eingeflößt. Max‘ Entscheidung, ein führender Politiker zu werden, verdankt sich jedenfalls ganz wesentlich der kognitiven Kraft des Herzens von Kurt Hahn. Aber auch der politischen Ahnungslosigkeit des Kandidaten, der dem Weckruf folgte, obwohl er sich erklärtermaßen vor „fruchtloser Erschöpfung und Selbstvernichtung“ fürchtete.<sup>25</sup> Jedenfalls war Hahn das Medium, das die Politikfähigkeit des Prinzen überhaupt erst herstellte. Und ohne Hahns kommunikatives Talent wäre auch das vorgenannte politische Kapital der *Soft Power*, wie dies die Politikwissenschaft heute nennt<sup>26</sup>, unproduktiv geblieben.

### III.

Am 3. Oktober 1918 ernannte Kaiser Wilhelm II. wider besseres persönliches Wissen und allein auf massiven Druck der Obersten Heeresleitung seinen Vetter Max zum deutschen Reichskanzler. Von politischer Richtlinienkompetenz konnte bei dem neuen Mann in Berlin aber von Beginn an keine Rede sein. Im Gegenteil, die primäre Erfahrung seines neuen Daseins als Staatslenker war – Ohnmacht. Sowohl seine Unterschrift unter das Waffen-

22 Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst an Wilhelm Muehlon vom 10.11. 1918, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München ED 142/11.

23 Theodor Wolff: Die Wilhelminische Epoche. Fürst Bülow am Fenster und andere Begegnungen. Herausgegeben und eingeleitet von Bernd Sösemann. Frankfurt a.M. 1989, S. 155.

24 Näheres bei Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 308 ff.

25 Max von Baden an Kurt Hahn vom 14.10. 1917, zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente (wie Anm. 6), S. 625.

26 Vgl. Joseph S. Nye: Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York 2004.

stillstandsgesuch an US-Präsident Wilson als auch seine programmatiche Regierungserklärung wurden ihm aufgezwungen – als kategorische Imperative der Obersten Heeresleitung. Mit dieser jähnen „Ausbremsung“ war er a priori zu einem beauftragten Funktionsträger herabgestuft – ohne persönliches Eigengewicht.<sup>27</sup> Der Schneid zu durchgreifendem Handeln war ihm abgekauft worden. Der Druck dieser demütigenden Erfahrung hat ihn fortan begleitet. Wie wollte er da vor sich selbst noch wahrhaftig bleiben? Überdies war auch sein Kabinett alles andere als eine politische Sinngemeinschaft, die durch ihre Entschlossenheit das tradierte Herrschaftssystem hätte irgendwie unterlaufen können. Weder steckte es einvernehmlich die wichtigsten Gefahrenzonen für sein Handeln ab, noch formulierte es positive Ziele, für die es kämpfen wollte. Von einem einheitlichen Willen, das Reich vor allem durch eine konsequent durchgeführte Demokratie zu behaupten, konnte keine Rede sein. Außerdem blieben viel zu viele falsche Kräfte am Werk. Währenddessen nahm die politische Situation im Reich immer krisenhaftere Züge an.

So verfolgt man nur noch mit Bangen Max‘ weiteren Schritte auf dem brüchigen Parkett der Berliner Politikbühne bis hin zu seiner tatsächlich einzigen großen Szene – seinem einzig *möglichen* großen Auftritt. Das war Ende Oktober 1918, als der Mantel der Geschichte durch die Reichshauptstadt rauschte und der dort regierende Kanzler seinen Saum tatsächlich hätte fassen können. Prosaischer ausgedrückt: Es war damals noch eine reale Möglichkeit vorhanden, den Untergang der Monarchie in Deutschland zu verhindern. Und mit dem Ergreifen dieser historischen Chance wäre am Ende doch noch ein schlüssiger Bogen in das politische Missionsprojekt des Prinzen Max gekommen. Bemerkenswert ist, dass er diesen informellen Rollenwechsel, der sich da in der letzten Oktoberwoche abzeichnete, durchaus begriff und er sich sogar darauf einzustellen bemühte. Diese Lage verlohnzt es, eingehender betrachtet und anschließend analysiert zu werden.

Besieht man die existenzielle Krise, die die deutsche Monarchie und ihr gesamtes königliches Ensemble im Oktober 1918 mit Wucht erfasste, so treten zuallererst die verzweifelten Bemühungen der Hohenzollern in den Vordergrund, sich mit immer neuen Manövern an den deutschen Kaiserthron zu klammern. Sodann die kollektive Passivität der deutschen Bundesfürsten, und deren politischer Unwille, in die Führungsgeschäfte des gefährdeten Reiches einzugreifen.<sup>28</sup> Immerhin waren sie nach der Verfassung die eigentlichen Träger der Souveränität in diesem Staat. Durch dramatisch schwin-

27 Zu den Einzelheiten der Regierungstätigkeit vgl. die vorbildliche Edition von Erich Matthias/Rudolf Morsey (Bearb.): *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*. Düsseldorf 1962.

28 Hierzu jetzt mit Blick auf die nach Preußen zweitwichtigste Monarchie in Deutschland Ulrike Leutheusser/Hermann Rumschöttel (Hrsg.): *König Ludwig III. und das Ende der Monarchie in Bayern*. München 2014; darin vor allem die Beiträge von Bernhard Grau und Stefan März.

dende Popularität und katastrophalen Prestige-Verlust hatten sich die Monarchen am Ende um jeden politischen Einfluss auf die öffentliche Meinung gebracht. Und so stand die politische Macht der Monarchie bald nur noch auf dem Papier der Verfassung. Freilich hatte sich schon unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges angedeutet, dass die Spätblüte, zu der Bismarck den gekrönten Häuptern mit seinem Monarchie-Modell von 1871 verholfen hatte, nur eine Scheinblüte war. Doch erst 1917/18 war die strukturelle Überforderung dieser Monarchie zu einem politischen Krebsschaden für das Staatswesen schlechthin geworden. Aber selbst als politische Fiktion blieb dieser Obrigkeitstaat noch überaus wirkungsmächtig und die Forderung nach seiner Abschaffung die Meinung einer Minderheit. Insofern sollte man das symbolische Kapital der Monarchie an sich auch noch im Herbst 1918 nicht allzu gering veranschlagen. In der politischen Kultur des Reiches blieb es ein Bestimmungsfaktor, dem nicht einmal der grassierende Ansehensverlust der gekrönten Häupter sehr viel anhaben konnte. Was das politisch bereits weitgehend führerlose Kaiserreich darüber hinaus noch halbwegs zusammenhielt, das war seine bis zum Schluss effektiv verwaltende Staatsbürokratie, die souverän verdrängte, dass Deutschland in Europa machtpolitisch am Ende war.

Bis Ende Oktober stand der deutsche Reichskanzler zu seinem Versprechen, Vetter Wilhelm die Herrschaft zu bewahren und zugleich den bundesfürstlich-föderativen Aufbau des Kaiserreichs zu garantieren. Doch um den 20. Oktober herum, als evident wurde, dass mit diesem royalen Spitzenpersonal, dass namentlich mit dem deutschen Kaiser partout kein monarchischer Staat mehr zu machen sein würde, scheint Prinz Max von dieser seiner Selbstverpflichtung abgerückt und auf die Suche nach Alternativen hierzu gegangen zu sein. Zwar stellte er sich nach außen mitsamt seinem Kabinett bis Anfang November auch weiterhin schützend vor den vielgescholtenen Reichsmonarchen. Und er verteidigte die unverändert starke Machtposition der monarchischen Exekutive. Doch intern begann er jetzt ein Doppelspiel, das helfen sollte, den ohnehin nicht zu rettenden Verwandten aus der Geschichte fallen zu lassen – natürlich so honorig wie möglich.

Richtschnur war dabei eine Idee, die der Bankier Max Warburg und andere Berater ihm eingegeben hatten: ein dynastisches Lösungsmodell für die deutsche Monarchie-Krise.<sup>29</sup> Es war wohl die politisch ausgeklügelste Idee,

29 Aufzeichnung von Max Warburg über seine am 25.10. 1918 stattgefundenen Beratungen mit Max von Baden am Krankenbett des letzteren: „Überlegung Abdankung S.M., Regent Max von Baden, 11-12 [Uhr] wieder gerufen. Note, Kaiser.“ (Stiftung Warburg-Archiv Hamburg-Blankenese, NL Max Warburg). – Involviert in die Ausarbeitung entsprechender Pläne waren außerdem der Chef der Reichskanzlei Walter Simons und der damalige Geheimrat in der Reichskanzlei Arnold Brecht, wie dessen Erinnerungen belegen: Arnold Brecht: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927. Stuttgart 1966, S. 162 ff.

die den badischen Thronprätendenten in seinem Kanzlerleben umgetrieben hat, vielleicht die unterbewusste Zielgebung seines ganzen politischen Engagements. Der Gedanke lautete: Max überzeugt seinen kaiserlichen Vetter von einer freiwilligen und damit historisch rühmenswerten Abdikation mit großzügiger Geste. Dieser macht ihn dann (mit nachfolgender Zustimmung des Reichstags) zum sog. Verweser für den (zum Thronprätendenten auszurufenden) minderjährigen ältesten Kaisererkenkel im Reich. Gleichzeitig gewinnt der Ersatz-Kaiser einen weiteren Vormund, dieses Mal aus dem Hause Hohenzollern, als Regenten des 12-jährigen Kronprinzensohnes im Königreich Preußen. Statt des nunmehrigen Reichsverwesers wird ein Berufspolitiker aus demokratischem Schrot und Korn mit Vertrauenskredit beim deutschen Volk parlamentarisch verantwortlicher Kanzler des Reiches: zum Beispiel Friedrich Ebert. Der Prinz und der Arbeiterführer verschreiben sich politisch einander und gehen zusammen durch dick und dünn, um das Vaterland vor einer nationalen Katastrophe à la Russland zu bewahren. Sieht man einmal von den subjektiven bzw. den personalen Risiken dieses politischen Planspiels ab, so kann man ihm Zukunftsfähigkeit nicht pauschal absprechen.<sup>30</sup> Es war aller Ehren und aller Anstrengungen wert. Wir haben es hier mit einer ernstzunehmenden Idee zu tun, das hochkompliziert konstruierte deutsche Monarchie-Modell in eine Staatsform zu überführen, die wenigstens halbwegs gegenwärtstauglich war – und Entwicklungsfähig. Indem es die schlimmsten Reizfiguren monarchischer Herrschaft auf anständige Weise von der Bühne abtreten ließ, den süddeutschen (nichtpreußischen) Faktor in den Vordergrund staatlicher Performance auf Reichsebene holte und einen echten Volkskanzler in der Schaltzentrale der Regierungsmacht etablierte, hätte solch ein Konzept die Monarchie in Deutschland vielleicht doch noch in letzter Stunde retten und insbesondere eine – quasi präsidiale – Integrationsinstanz schaffen können.

In diesem Konzept war Max von Baden der Dreh- und Angelpunkt. Ohne ihn war der Plan einer monarchischen Reichsspitze jenseits von Wilhelm II. undurchführbar, schon weil sich weit und breit kein weiterer politisch und habituell halbwegs befähigter Kandidat für eine solche Regentschaft im Reich anbot. Gegenüber dem vielleicht allenfalls noch infrage kommenden Kronprinzen Rupprecht von Bayern besaß der badische Prinz den entscheidenden Vorteil enger Verwandtschaft mit dem Kaiserhaus. Und er stand nicht in dem Ruf jener notorisch antipreußischen Ressentiments, die die Wittelsbacher im politischen Establishment (außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle)

30 Vgl. hierzu auch die scharfsichtigen Überlegungen von Wolfram Pyta: Die Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts. In: Patrick Merziger u.a. (Hrsg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2010, S. 362-381.

nicht unbedingt willkommen machten.<sup>31</sup> So lief alles auf die Person des Prinz-Reichskanzlers zu. Der Rettungsplan war am einfachsten auf dem Weg eines feierlich erklärten Thronverzichtes Kaiser Wilhelms ins Werk zusetzen. Er sollte die Voraussetzung für die legitime Etablierung eines Reichsverwessers schaffen und zugleich die höheren Weihen für eine Inthronisation des Regenten Max von Baden bereitstellen. Die politische Alternative wäre nur ein mehr oder weniger kalter Staatsstreich gewesen – nicht undenkbar, auch machtpolitisch gar nicht einmal aussichtslos, aber vom Kandidaten auf gar keinen Fall gewünscht. Der Noch-Reichskanzler wollte sich partout über und durch den resignierenden Monarchen legitimieren und in die Funktion des Thronverwessers bringen lassen. Genau das aber sollte sich als der große Schwachpunkt seines Konzeptes erweisen, Max' anhaltende Befangenheit in legitimistischen Vorurteilen. Hätte er das ganze Projekt nicht unentwegt mit den Scheuklappen seiner dynastisch-monarchischen (Res-)Sentiments betrachtet und betrieben, hätte er zwischen seiner (fürstlichen) Person und der übergeordneten Sache – der Schaffung einer modernen monarchischen Staatsform – unterscheiden können, so wäre dieses Projekt politisch durchaus nicht chancenlos gewesen.

Immerhin hat man regierungsseitig die Idee Ende Oktober im politischen Berlin gezielt gestreut. Als der Gesandte Friedrich Rosen den Prinzen am 22. Oktober zum Gespräch in der Reichskanzlei traf, fiel ihm gleich auf, dass der Reichskanzler nur mehr „wenig Interesse an der Erhaltung des Kaisers auf dem Throne zu haben schien“. Überhaupt sei die damals in Regierungskreisen vorherrschende Idee „die Errichtung einer Regentschaft unter Prinz Max“ gewesen.<sup>32</sup> General Groener, der Nachfolger Ludendorffs, hörte es sogar im fernen Kiew raunen von „der Regentschaft vom Badener Max“.<sup>33</sup> Die Ablösung Wilhelms II. blieb fortan ganz oben auf der Agenda nicht allein der öffentlichen Meinungsbildung, sondern auch des Regierungsgeschäftes. Denn deren Unumgänglichkeit war jetzt allgemein anerkannt. Nur des Kaisers Entourage wollte immer noch nicht merken, dass dessen Uhr abgelaufen war. Für sie war es vielmehr der fatale Kurs der Reichsregierung, „welcher Deutschland unzweifelhaft ebenso ins Verderben führen

31 Vgl. Holger Afflerbach: Kronprinz Rupprecht von Bayern im Ersten Weltkrieg. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift 75 (2016), S. 21-54.

32 Friedrich Rosen: Aus einem diplomatischen Wanderleben. Berlin 1931, S. 210 bzw. 214.

33 So die Bemerkung in seinem Brief an seine Frau vom 25.10. 1918, zit. nach Dorothea Groener-Geye: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt a.M. 1955, S. 86.

wird, wie er den Hohenzollern die Krone kosten wird“.<sup>34</sup> Um den 28. Oktober hatte es freilich für einen kurzen Augenblick den Anschein gehabt, als wolle sich der Reichsmonarch in sein Schicksal fügen und durch Abdankung zugunsten seines Enkels wenigstens seine Dynastie retten. Es gibt Quellen, die auf einen solchen Anflug von Einsicht bzw. Resignation bei Kaiser Wilhelm hindeuten.<sup>35</sup> Aber es blieb bei einer Augenblicksstimmung, aus der ihn seine unmittelbare Umgebung ganz schnell und entschlossen wieder herausriß. Die Kamarilla um die deutsche Kaiserin, den Ex-Zivilkabinettschef Berg, den Generaladjutanten Plessen, den Chef des Militärkabinetts Marschall und den Hausminister Eulenburg beschloss nämlich in einer Art von Torschlusspanik am 29. Oktober, den labilen Obersten Kriegsherrn und Kaiser dem unguten Einfluss der Berliner Reichsleitung komplett zu entziehen, und schob ihn noch am gleichen Abend vom Neuen Palais in Potsdam in das Große Hauptquartier nach Spa ab. Der Dynast nahm das Ehrenwort seiner Söhne mit auf die Reise, sich der Regierung für eine etwaige Regentschaft niemals zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser familienpolitischen Zwangsmaßnahme glaubte man die politische Unersetzbarkeit Wilhelms II. festgeschrieben und damit die Zumutung einer Abdankung des Reichsmonarchen durchkreuzt zu haben. Warum diese Reaktion? Wie Oberstleutnant Alfred Niemann, der damals als Angehöriger des kaiserlichen Gefolges in Potsdam einen Einblick aus nächster Nähe hat-

34 Tagebuch des kaiserlichen Generaladjutanten Hans-Georg von Plessen vom 26.10. 1918, zit. nach Holger Afflerbach (Bearb.): Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr, Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914-1918. München 2005, S. 932; desgleichen Kriegskabinettschef Ulrich Frhr. von Marschall gegenüber dem Chef des Marinakabinetts Admiral Georg Alexander Müller am 28.10. 1918, nach Walter Görlitz (Hrsg.): Regierte der Kaiser?, Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinakabinetts Admiral Georg Alexander Müller. Göttingen 1959, S. 440. - Zum historischen Kontext vgl. im Einzelnen Machtan: Abdankung (wie Anm. 1), S. 195 ff. sowie Isabel V. Hull: The Entourage of Kaiser Wilhelm II 1888-1918. Cambridge 1982, S. 288 ff.

35 So schreibt in seinen Memoiren Johannes Müller: Vom Geheimnis des Lebens Bd. 2. Stuttgart 1938, S. 458 f., Wilhelm II. habe „dem Prinzen persönlich nach einer Aussprache zu[gesagt], zugunsten seines Enkels abzudanken“. Auch in den Aufzeichnungen des Leibadjutanten Racknitz wird berichtet, Prinz Max habe ihm nach einer der letzten mündlichen Unterhaltungen mit dem Monarchen versichert: „Ich habe dem Kaiser alles sagen können, er hat alles von mir angenommen.“ (Familienarchiv v. Racknitz, Burg Ehrenburg/Neckar; unverzeichnet). Schließlich gibt es im Tagebuch des Kaiserbruders Heinrich unter dem 27.10. 1918 die lapidar-aufschlussreiche Eintragung: „In unseren Kreisen wird die Möglichkeit über Wilhelm's Abdankung [...] besprochen“. Und zwei Tage später: „Antworttelegramm von Wilhelm am Vormittag, dass er meinen Besuch am Donnerstag erwarte“ (Archiv des Internationalen Maritimen Museums Hamburg; unverzeichnet), aufschlussreich deshalb, weil Prinz Heinrich als einziger Bruder des Kaiser einer der Regentschaftskandidaten im Königreich Preußen war. – Vgl. auch den Brief des hervorragend vernetzten Friedrich Naumann an Robert Bosch vom 4.11. 1918, wo es heißt: „Der Kaiser selbst soll [...] einige Tage dem Gedanken des Rücktritts nahe gewesen sein, ist dann aber vor den Schwierigkeiten [...] des verfassungsmäßig geregelten Regentschaftssystems zurückgeschreckt.“ In: Bundesarchiv Berlin, Nachlass 3001 Naumann Nr. 11.

te, schreibt, „ühlte der Kaiser den wachsenden Druck des Prinz-Reichskanzlers, auf Umwegen die Abdankung des Monarchen zu erreichen“.<sup>36</sup> Dem Staatssekretär Hintze sagte der Kaiser bei der Ankunft im Großen Hauptquartier in Spa als Grund für die Reise wörtlich: „Die Regierung des Prinzen Max von Baden arbeitete auf seine Beseitigung hin, dem hätte er in Berlin sich weniger entgegenstellen können als inmitten seiner Armee.“ Diesem offenherzigen Bekenntnis hätten sich dann sogleich „scharfe persönliche Angriffe auf den Prinzen Max“, ja sogar „persönliche Gehässigkeiten“ angeschlossen.<sup>37</sup>

In der Tat hatte sich der Reichskanzler intern nun endlich klar zur politischen Notwendigkeit einer Abdankung des Kaisers bekannt, „und zwar so rasch als möglich“.<sup>38</sup> Er gab bei seinem engsten Mitarbeiter in der Reichskanzlei Walter Simons einen Gesetzentwurf zur Regelung der Reichsverwaltung in Auftrag, der im Reichsamt des Inneren von dem dortigen Unterstaatssekretär Theodor Lewald rasch weiterbearbeitet und alsbald dem Reichstag vorgelegt werden sollte.<sup>39</sup> Simons Option zielte darauf, diese Stellvertretung unabhängig von einer Regentschaft in Preußen zu implementieren; unter Umständen sogar allein durch den Reichstag, d. h. unter Umgehung des Reichsmonarchen. Sie war nach dem Urteil aller daran der Beteiligten ganz „offenbar auf die Person des Prinzen Max von Baden zugeschnitten“.<sup>40</sup> Des Weiteren arbeitete die Reichskanzlei bereits honorige Abdankungsurkunden für Wilhelm II. aus, nebst zwei Entwürfen für patriotische Aufrufe des scheidenden Monarchen an Heer und Volk.<sup>41</sup>

Kein Zufall war es schließlich auch, dass sich just zu diesem Zeitpunkt Friedrich Ebert, der mächtige Mann der Sozialdemokratie, in prominenter

36 Alfred Niemann: Revolution von oben – Umsturz von unten. Berlin 1927, S. 212.

37 Aufzeichnungen v. Hintze, zit. nach dem Abdruck ebd., S. 366.

38 Lerchenfeld an Dandl vom 30.10. 1918, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (im folgenden BayStA), MA, Gesandtschaft Berlin 1918 Nr. 1095; vgl. außerdem Tagebuch Müller vom 30.10. 1918, nach Görlitz (Hrsg.): Regierte der Kaiser? (wie Anm. 33), S. 442; Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten Bd. 2. Dresden 1928, S. 255 f.; Wolfgang Prinz von Hessen: Aufzeichnungen. Hrsg. von Rainer von Hessen. Kronberg 1986, S. 116.

39 Vgl. die einschlägigen Entwürfe in: Bundesarchiv Berlin, N 2176 Lewald Nr. 28; zur politischen Bedeutung von Lewald vgl. die kritische Einschätzung von Rolf Pfeiffer/Arnd Krüger: Theodor Lewald. In: Menora 6 (1995), S. 233-265.

40 Lerchenfeld an Dandl vom 29.10. 1918, in: HStA München, MA, Gesandtschaft Berlin 1918 Nr. 1095; vgl. außerdem Tagebuch Haußmann vom 29.10. 1918, zit. nach Ulrich Zeller (Hrsg.): Conrad Haußmann. Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Frankfurt a.M. 1924, S. 261 sowie Geheimrat Gottfried von Dryander (aus dem Geheimen Zivilkabinett) an (seinen Chef) Clemens von Delbrück vom 31.10. 1918, in: Universitätsbibliothek Jena, NL Delbrück Nr. 74.

41 Vgl. Brecht: Aus nächster Nähe (wie Anm. 28) S. 163; außerdem Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente (wie Anm. 6), S. 525 ff., wo unüberprüfbare Varianten dieser Dokumente zum Abdruck gelangen.

Politikerrunde mehr oder weniger offiziell für den Erhalt der Monarchie aussprach. Ganz gleich, ob Ebert dies nun aus monarchischer Grundüberzeugung bekannte, oder ob ihn hier nur politische Zweckmäßigkeit gründe leiteten, er meinte es ernst damit. Mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität ist er bis zum 9. November 1918 entschlossen dafür eingetreten. Ebert glaubte, dass das Deutsche Reich als Nationalstaat, mit dem er sich identifizierte, zumindest vorerst nur in monarchischer Form überlebensfähig wäre. „Aber damit wir die Monarchie erhalten und eine Republik vermeiden können“, so lautete sein Argument, „muss der jetzige Monarch zurücktreten“; und auch der höchst unbeliebte Kronprinz. Er, Ebert, „denke an eine Reichsverweserschaft durch eine Persönlichkeit wie Prinz Max“.<sup>42</sup> Nicht viel anders dachte man damals in fortschrittsliberalen Kreisen.<sup>43</sup> Schließlich wollte auch das Zentrum das deutsche Kaisertum erhalten.<sup>44</sup> Wobei sich diese parteipolitischen Willensbildner der Zustimmung von manchem Repräsentanten der geistigen Eliten im Lande sicher sein durften.<sup>45</sup> Auf Seiten der Berliner Reichsleitung und der sie stützenden Mehrheitsparteien im Reichstag wur-

42 Zit. nach Ernst Jäckh: Der Goldener Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers. Stuttgart 1954, S. 448 f.; vgl. auch Holtzendorff (der das politische Essen arrangiert hatte) an (seinen Chef) Albert Ballin vom 31.10. 1918, in: Staatsarchiv Hamburg, 621-1/95, 1580 Nr. 20. Vgl. auch Matthias/Morsey (Bearb.): Regierung Max von Baden (wie Anm. 27), S. 560 f. – Dass sich Ebert mit dieser Option für eine Beibehaltung der Monarchie in Deutschland in weitgehender Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Parteiführern namentlich in den süddeutschen Bundesstaaten befand, kann man beispielsweise nachlesen bei Jürgen Mittag: Wilhelm Keil (1870-1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2001, S. 162 ff. oder bei Markus Schmalzl: Erhard Auer – Wegbereiter der Demokratie in Bayern Kallmütz 2013, S. 226 ff., 260 ff sowie 266 f. Vgl. auch Max Bloch: Albert Südekum (1871-1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2009, hier S. 226 ff. – Der spezielle *Krypto-Monarchismus* der zeitgenössischen Sozialdemokratie (oder doch wenigstens ihrer Führungsriege) hat bis heute nicht das ihm gebührende politikgeschichtliche Forschungsinteresse gefunden.

43 Vgl. Wolff: Die Wilhelminische Epoche (wie Anm. 23), S. 161 ff.

44 Vgl. Christoph Kuhl: Carl Trimborn 1854-1921. Eine politische Biographie. Paderborn 2011, S. 196 ff. - Stellvertretend für andere primäre Quellen Ludwig Curtius: Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1950, S. 444 f. sowie Constantin Fehrenbach: Erinnerungen aus der deutschen Revolution 1918, in: GLA Karlsruhe, Nachlass Fehrenbach Nr. 13.

45 „Gerade als Anhänger der Monarchie“, so hatte beispielsweise Max Weber am 12. Oktober 1918 an Friedrich Naumann geschrieben, müsste er „lügen, wenn ich behaupten wollte, Sympathie für diesen Monarchen [gemeint ist Kaiser Wilhelm II.] zu hegen“. Zit. nach Eduard Baumgarten: Max Weber. Werk und Person. Tübingen 1964, S. 508; vgl. ebd. auch seine ganz ähnlich lautende Briefe an Naumann vom 17. und 18. Oktober 1918. Naumanns gleiche Auffassung zu dieser Frage erhellt aus seinem Brief an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts Clemens von Delbrück vom 21. Oktober 1918, abgedruckt in: Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2., neubearb. Aufl. Stuttgart 1949, S. 555 f., vgl. auch Friedrich Meinecke: Autobiographische Schriften. Stuttgart 1969, S. 297ff.

den im Oktober 1918 sehr bemerkenswerte Vorkehrungen für eine ganz neue Runde im Planspiel um die Machtverteilung im Staate getroffen.

Doch das Spiel konnte nicht beginnen, weil Spielführer Max sich weigerte, am Spieltisch überhaupt Platz zu nehmen. Denn er hatte das ganze Setting unter eine surreale Vorbehaltsklausel gestellt, die da lautete: Der Noch-Monarch verliert sozusagen absichtlich, und er ruft seinen großherzoglich-badischen Gegenspieler in gleicher Manier zum Gewinner der Partie aus, noch bevor sie eröffnet wird. Anders gesagt, Max wollte schon gerne an die Stelle des politisch untragbar gewordenen Reichsmonarchen treten, aber nur und ausschließlich auf dem Weg eines freiwilligen Thronverzichts des preußisch-deutschen Gottes-Gnaden-Kaisers. Da nun die Selbsterkenntnis des Reichsmonarchen, seine politische Zukunft verspielt zu haben, nach seiner bewussten Flucht unter die Fittiche der Obersten Heeresleitung so gut wie ausgeschlossen war, der Kanzler sich aber aus seiner Positionierung nicht einfach wieder davonstehlen konnte, blieb somit als politische Strategie einzig und allein der Versuch übrig, Wilhelm II. die Abdankung wie auch immer *nahe zu legen*. Sie sollte von ihm nicht direkt verlangt, nicht mit Nachdruck gefordert, ja ihm gegenüber nicht einmal in Vorschlag gebracht werden. Man wollte ihm lediglich höflich zu verstehen geben, dass es sinnvoll wäre, darüber ernsthaft Ratschluss zu halten, ihm ans Herz legen, die Option in diesem zu bewegen. Kaiser Wilhelm sollte sich gleichsam selbst zu dem Schritt überreden, sich seiner Würde zu begeben. So absonderlich dieser Vorgehensplan einer Politik der konzilianten Anempfehlung angesichts der turbulenten Zeiten und Zustände am Vorabend der deutschen Revolution auch erscheinen mag, dieses Strategiemuster der Selbstverleugnung war eine genuine politische Hervorbringung des Max von Baden. Es war und blieb seine Maxime, an der er mit nichts zu erschütternder Hartnäckigkeit festhielt. Obwohl er um den drohenden Bankrott des monarchischen Systems wusste, den das weitere Verbleiben des Hohenzollern auf dem Kaiserthron provozierte. Dem zielweisenden neuen Gedanken einer Reichsverweserschaft fehlte damit ein praktisch-politischer Operationsplan. Mehr noch: Mit seiner demonstrativen Untätigkeit verzichtete der Reichskanzler auch noch auf das, was sein großer Vorgänger Bismarck stets als die *Pièce de résistance* seiner Amtsführung hochgehalten und mit Zähnen und Klauen verteidigt hatte: den Alleinanspruch auf die verantwortliche Beratung des Kaisers. Einen schlechteren Dienst konnte er dem ohnehin schon geschwundenen politischen Gewicht seines Amtes kaum leisten.

Natürlich gab es Gründe für diese fatale Schieflage. Der wichtigste: Politische Vernunft und dynastischer Komment konnten im vorliegenden Fall nicht zusammenkommen. Max sah in Wilhelm nicht nur unverändert den legitimen Repräsentanten einer prinzipiell von ihm bejahten monarchischen Herrschaftsordnung; der Kaiser war ihm auch als Person, als enger Verwand-

ter unverletzlich, und Max fühlte sich ihm verpflichtet, ja dankesschuldig. Zumal er Wilhelm erst vor wenigen Wochen versprochen hatte, ihm den Kaiserthron zu erhalten – komme, was da wolle. Dieser Verpflichtung verdankte er letztlich seine Ernennung zum höchsten Staatsbeamten im Reich. Deshalb konnte er sein Versprechen schlechterdings nicht einfach brechen, ohne familienintern als Treubrüchiger da zu stehen. Insofern war die Abdankungsfrage zwischen den beiden Vatern rational einfach nicht kommunizierbar. Sie blieben in ihren jeweiligen Rollen und Zuschreibungen gefangen – und entsprechend gefangen. Hinzu kam Max' politische Denkhaltung. In seiner Funktion als Reichskanzler alten Stils hatte der Amtsinhaber quasi aufgehört zu existieren, weil er seinen Kaiser in einer politischen Lebensfrage verantwortlich nicht mehr beraten mochte. In seiner Funktion als moderner Volkskanzler, der sich allein dem Gemeinwohl verpflichtet und der Volksvertretung verantwortlich fühlte, war er aber noch längst nicht angekommen. Er hatte seine politische Aufgabe ja nicht einmal darin gesehen, den Reichsmonarchen zur Annahme einer demokratisch legitimierten parlamentarischen Monarchie zu bewegen. Eine politisch ganz und gar sinnwidrige Konstellation. Prinz Max wollte den Thronverzicht des amtierenden Kaisers. Aber diese Abdankung mit den Machtmitteln seines Amtes in eigener Person politisch herbeizuführen und öffentlich zu legitimieren, das hielt er für eine unverzeihliche Sünde. Aus diesem selbstverschuldeten Teufelskreislauf sollte er nicht mehr herausfinden.

Dennoch blieb er drei Tage lang mit dem ihm eigenen Mut hingebender Verzweiflung geradezu krampfhaft bemüht, selbst unter den Bedingungen der besagten Selbstblockade tatsächlich noch staatserhaltende Politik zu machen – mit Hilfe anderer. Diese Pseudopolitik soll hier im Einzelnen nicht mehr verfolgt werden.<sup>46</sup> Aber ein heikler Punkt im politischen Szenario jener Schicksalstage in der Wilhelmstraße vor Ausbruch der deutschen Revolution muss noch berührt werden, weil sie das Ausmaß der Verlegenheit beleuchtet, in die sich unser Protagonist hineinmanövriert hatte: Max' Repertoire an vorgeschobenen Gründen, *warum* er in der Abdankungsangelegenheit dem Kaiser nicht die einzige richtige Entscheidung selbst abringen wollte. Denn natürlich blieb er als Regierungschef politisch berufen, sogar verpflichtet, die Initiative zu ergreifen und dem Monarchen zum Thronverzicht zu raten. Selbst der Kaisersohn Prinz August Wilhelm hat ihn das gefragt – und die Antwort erhalten, „*dies als „Verwandler und Freund“ nicht tun zu können, auch fühle er sich viel zu krank, um derartige Aufregungen zu ertragen*“.<sup>47</sup> Dem preußischen Staatsminister Bill Drews gegenüber war es hingegen das

46 Zu den Details vgl. Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 6), S. 431 ff.

47 Niemann: Kaiser und Revolution (wie Anm. 3), S. 121, der sich bei dieser Angabe auf Tagebuch-Auszüge des Prinzen August Wilhelm von Preußen beruft.

angespannte persönliche Verhältnis zwischen Max und Wilhelm, das eine direkte Konfrontation nicht sinnvoll erscheinen ließ.<sup>48</sup> In den Erinnerungen des Diplomaten Johann Heinrich von Bernstorff ist schließlich ein Gespräch mit dem Kanzler überliefert, wo es heißt: Prinz Max habe eine Reise nach Spa „kategorisch“ abgelehnt mit der Begründung: „das kann ich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht tun, worauf ich schnell sagte, dann hätten Sie auch nicht Kanzler werden dürfen“<sup>49</sup> In der Tat, hier lag ein eklatanter Begründungsnotstand vor, den der Prinz letztlich auch nicht zu kaschieren vermochte. Deshalb konnte er damals auch *keinen* der politischen Haupt- und Nebenakteure von einem rationalen Sinn seiner Passivität überzeugen – es gab keinen.<sup>50</sup> Begreiflich wird sie nur, wenn man weiß, welche Ängste ihn damals lähmten. Allein das deutsche Kaiserpaar glaubte es immer noch besser zu wissen. In den Worten Wilhelms II. am 1. November 1918: „Der Prinz Max ist ein Verräter; er will zunächst Reichsverweser, dann selbst Kaiser werden“<sup>51</sup>

Am 31. Oktober 1918 hat der Kanzler den preußischen Innenminister Drews gedrängt, dem Reichsmonarchen „in dieser furchtbar ernsthaften Sache“ noch einmal einen eingehenden Vortrag zu halten. Wie Drews überliefert hat, wurde „ausdrücklich festgelegt, dass ich dem Kaiser keinen Vorschlag zur Abdankung überbringen, sondern ihm lediglich den objektiven Stand der Bewegung bezüglich seiner Abdankung referierend darlegen solle“ – ein unmögliches Auftrag, an den sich der brave Beamte aber in Spa „strengstens gehalten“ hat.<sup>52</sup> Natürlich durchschaute der hohe Adressat dieser schlecht drapierten Stellvertreterpolitik den tieferen Zweck der Drews'schen Mission sofort. Drews sei bei ihm gewesen, so sagte der Kaiser nach der Begegnung gleich jedem, der es wissen sollte, „um mir von der Regierung aus Berlin, von dieser sogenannten Regierung, nichts Geringeres als meine Abdankung nahezulegen“. Eine Unglaublichkeit! Und wer solle dann an seine Stelle treten? „Etwa der famose Max von Baden, der Regentschaft oder Präsidentschaft erstrebt?“ Jetzt sitze der mit seiner „ganzen klugen Regierung“ zusammen in Berlin, und sie „beraten und beraten, kriegen immer

48 Drews an Max von Baden vom 20.6. 1922, in: Bundesarchiv Berlin (BAB), R 43/2403 f (Abschrift).

49 Graf Johann Heinrich Bernstorff: Erinnerungen und Briefe: Zürich 1936, S. 177 f.

50 Simons damaliger Zuarbeiter in der Reichskanzlei Arnold Brecht hat es noch ein halbes Jahrhundert später in seinen Erinnerungen als eine „mir stets unbegreifliche Tatsache“ hingestellt, „dass Prinz Max nicht persönlich zum Kaiser fuhr, um den Versuch zu machen, ihn zur Abdankung im Interesse des Vaterlandes und der Erhaltung der Monarchie zu veranlassen“. Brecht: Aus nächster Nähe (wie Anm. 28), S. 169.

51 So Drews in seinen 1922 aufgezeichneten „Nachträge(n) aus der Unterredung am 1.11. 1918“, die er mit dem deutschen Kaiser in Spa führte, in: Geheimes Staatsarchiv PK Berlin-Dahlem, Abt. VI, NL Drews Nr. 159.

52 Drews an Max von Baden vom 20.6. 1922, in: Bundesarchiv Berlin, R 43/2403 f (Abschrift).

dicke Köpfe und keiner weiß, was er eigentlich will“.<sup>53</sup> Ganz falsch lag der Monarch mit dieser Tirade nicht. Auch aus dem Mund des Ludendorff-Nachfolgers Groener musste sich Drews solche Beschimpfungen der Reichsregierung anhören und auch Invektiven ganz persönlicher Art, die sich direkt gegen Max von Baden richteten.<sup>54</sup> Kurzum: Das, was Prinz Max vielleicht für taktisches Geschick gehalten hatte, entfaltete einen solchen Bumerang-Effekt, dass am Ende er es war, der als der Hauptblamierte dastand – jedenfalls in den Augen der preußischen Herrscherfamilie. Für die hatte sich der „verfluchte“ Reichskanzler endgültig als „Schuft“ entlarvt.<sup>55</sup> Er war jetzt gleichsam vogelfrei. Die moralische Vernichtung des vermeintlich so maliiziösen Standesgenossen konnte beginnen.

Nicht weniger fatal war, dass Max durch die wertvolle Zeit, die er mit seiner Passivität verstreichen ließ, den Image-Schaden für die Monarchie als Staatsform nur mehr vergrößerte. Statt zur Stärkung des monarchischen Gedankens trug er mit seinem Attentismus zum Erscheinungsbild einer Monarchie bei, die es anscheinend nicht nötig hatte, sich zu verteidigen. Diese endlose Verzögerung des politisch allseits gewollten Thronverzichts hat nicht wenig dazu beigetragen, in den Volksmassen die Bereitschaft zum offenen Widerstand zu wecken und zu verstärken. Und sie hat es dem Kaiser ermöglicht, bis zum bitteren Ende Vabanque zu spielen, indem er sich solange der Illusion einer wundersamen Rettung hingab, bis ihn die Oberste Heeresleitung nach Holland abschob.

#### IV.

Soviel zur ereignisgeschichtlichen Orientierung, hier aus der Binnenperspektive der damaligen Akteure. Erweitert man diesen Blick nun hin zu dem, was wir über die Welt der deutschen Politik im Betrachtungszeitraum sonst noch wissen, ist das historisch-analytische Ergebnis dieses: Eine sog. Reichsverweserschaft durch den Prinz-Reichskanzler Max von Baden war im Herbst 1918 ein durchaus belastbares Modell zur Rettung der monarchischen Staatsform, mehr noch: zur endlichen Etablierung einer selbständigen verantwortlichen, vom Volksvertrauen mitgetragenen Reichsleitung.<sup>56</sup> Nur, es

53 Eine detaillierte Rekonstruktion der Drews'schen Mission in Spa nebst Zitatnachweisen findet sich bei Machtan: Abdankung (wie Anm. 1), S. 214 ff.

54 Vgl. Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918. Leipzig 1922, S. 239 f.

55 So Wilhelm II. in einem Privatbrief an seine Gattin Auguste Viktoria vom 7.11. 1918, hier zit. nach der Abschrift in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) Berlin, Nachlass Johannes Kriege Nr. 5.

56 Zu den Schwierigkeiten dieser Konsolidierung vgl. Marcus Llanque: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg. Berlin 2000, S. 304 ff.

konnte nicht Politik werden, weil der einzige Anwärter für so ein Amt kein richtiger Politiker war. Er mochte der erlangten Verantwortung für das deutsche Kaiserreich nicht gerecht werden, weil er nicht führen, weil er nicht kämpfen konnte. Und weil er sich durch selbstfabrizierte Fallen den Handlungsräum zustellte.

Die politische Lage war damals so, dass Wilhelm II. sein ganz persönliches Fiasko als Reichsmonarch immer mehr zu einer allgemeinen Staatskrise abstrahierte. Ohne Rücksicht auf die politischen Folgen und bar jeder eigenen politischen Agenda umklammerte er seine Kaiserkrone, die er faktisch bereits verspielt hatte. Die Fäden der deutschen Kriegspolitik hatte er ja ohnehin nie in der Hand gehabt.<sup>57</sup> Seinen letzten Kanzler benutzte er ungeniert als Mittel zum Zweck des eigenen Machterhalts. Und die staatlichen Institutionen sollten der Maximierung seiner persönlichen Vorteile dienen. Diesen politischen Flurschaden hatte ein wirklich leitender Staatsmann eigentlich abzuwenden. Wo er doch wusste, dass angesichts der drohenden Kriegsniederlage ein weiterhin auf die preußische Hegemonie begründetes Reichsgefüge überhaupt nicht mehr zu halten war. Er durfte nicht zulassen, dass der drastische Bedeutungsverlust der Hohenzollern zu einer Erosion von politischer Autorität schlechthin führte. Aber um den unverantwortlichen Ambitionen des Kaiserhauses etwas Wirksames entgegen zu setzen, hätte der Regierungschef die politische Situation konsequent von Deutschlands Staatsräson her denken müssen, besser noch von den akuten Bedürfnissen der Staatsnation. Ein solches Verständnis für das Volksganze war Max von Baden nicht gegeben. Denn er konnte einfach keinen mentalen Abstand von dem eigensinnigen Komment seiner dynastischen Welt gewinnen und von seiner heiklen Privatgeschichte darin. Deshalb wand er sich um die Abdankungsfrage herum. Deshalb blieben sein Kopf und sein Herz ganz woanders als da, wo es um *sachliche* Lösungsstrategien für die akute Systemkrise, um die Findung von staatsklugen Entscheidungen zum Wohl des Reiches ging. So verfing sich ein Problem von kapitaler politischer Wichtigkeit im Unterholz höchstpersönlicher Ressentiments. Es wurde auf das Niveau von Intrigen herabgedrückt und damit unkontrollierbar. Am Ende waren es ihre eigenen Intrigen, die sämtliche Beteiligten überholten und erfassten.

Die Rekonstruktion der damaligen Erwartungshaltung im Regierungslager zeigt, dass diesen politischen Akteuren in ihrer Mehrheit eine parlamentarisch-repräsentative Monarchie als definitiver Staatszustand für Deutschland vorschwebte, und *keine massendemokratisch verfasste Republik*. Die staatrechtlichen Voraussetzungen dafür hatte die Verfassungsreform vom 28. Oktober 1918 endlich geschaffen. Jetzt ging es darum, diesem Regime-Wechsel auch ein angemessen neues und vor allem vertrauenswürdiges Ge-

57 Vgl. Afflerbach: Kaiser Wilhelm als Oberster Kriegsherr (wie Anm. 33), Einführung.

sicht zu geben. Institutionell war ohnedies noch allzu viel beim Alten und damit beim Veralteten geblieben. Für eine solche Erkennbarkeit des politisch Neuen, und damit für die glaubwürdige Verwirklichung der verkündeten Reform war die Enthronung Kaiser Wilhelms II. die unabdingbare Voraussetzung. Genauer: seine Ersetzung durch eine achtbare Symbolfigur mit royalen Nimbus, die sowohl für Tradition stand als auch für Innovation – für Kontinuität *und* Wandel. Diesem Regenten wäre eine strategisch wichtige integrative Position an der Spitze des transformierten Herrschaftssystems sicher gewesen. Eine Position, aus der heraus er für die Stabilität des Reiches viel Heilsames hätte bewirken können. Für diese Rolle stellte die dekorative und biegsame Persönlichkeit des Prinz Max von Baden eigentlich einen Glücksfall dar. Umso tragischer war es, dass er sich zu der historischen Aufgabe nicht offen bekennen mochte. Und deshalb die Grenzen seiner politischen Möglichkeiten weit unterschritt.

Das Fatale war, dass die Lage keinen Aufschub mehr duldet, weil das Kaiserreich damals am Abgrund stand, und die Friedenssehnsucht unwiderstehlich geworden war. Als sich Ende Oktober überall in Deutschland sozial-revolutionäre Unruhe ausbreitete und der im Volk immer mehr verhasste Kaiser einfach keinen Thronverzicht leisten wollte, hatte die Reichsleitung praktisch nur mehr eine Handlungs-Option, um die prekäre Lage zu beherrschen, sofortige Absetzung Wilhelms II. und eigenmächtige Ausrufung des deutschen Regierungschefs und Fürsten Max von Baden zu seinem Stellvertreter.<sup>58</sup> Mit anderen Worten: Wollte der Prinz den monarchischen Gedanken jetzt überhaupt noch retten, so musste er im *Interesse der Monarchie* den Monarchen direkt bekämpfen, der gerade im Begriff stand, diese Einrichtung heillos zu diskreditieren, und der im Volksmund immer lauter als das größte Hindernis für den Frieden nachgerade verflucht wurde. Und deshalb musste er dem Reich einen neuen vertrauenswürdigen Monarchen, einen Ersatzkaiser bescheren. Für einen solchen politischen Coup besaß der Regierungschef weder das erforderliche Machtbewusstsein noch den moralischen Mut eines Staatsführers aus eigener Kraft, der auch vor rebellischen Gedanken nicht zurückschreckt, wenn das politische Schicksal eines ganzen Volkes auf dem Spiel steht. Ihm fehlte die innere Freiheit zur Selbstermächtigung. Was die Sache noch schlimmer machte, war, dass er sich auch noch ganz massiv von seinen preußischen Verwandten, namentlich der deutschen Kaiserin einschüchtern ließ. Aus dieser Zwangslage hätte ihn nur mehr die skrupellose Neujustierung seines politischen Rettungsgedankens befreien können. Doch dazu kam es nicht mehr, weil ihn sein Arzt nach einem Nervenzusammenbruch am 31. Oktober 1918 durch ein Opium-Vollpräparat für drei Tage in

58 Zu den konkreten Vorbereitungen für diese Handlungsoption vgl. die in Anm. 40 zitierten Quellen.

eine Art Koma versetzte. Als er seine Amtsgeschäfte wieder aufnahm, war die Umsturzbewegung auch in Berlin angekommen und der letzte Funken politischer Hoffnung in ihm erloschen.

Zwar ließ er sich am 9. November 1918 tatsächlich noch herbei, von sich aus endlich Schluss zu machen mit dem fatalen Kaisertum Wilhelms II., indem er dessen vollständige Abdankung wahrheitswidrig verkünden ließ. Und er setzte den Sozialdemokraten Friedrich Ebert als (geschäftsführenden) Reichskanzler ein – was verfassungsrechtlich gar nicht zulässig, also durchaus so etwas wie ein kleiner Staatsstreich war.<sup>59</sup> Aber sich gleichzeitig konsequenterweise selber zum Leiter der Zentralgewalt aufzuraffen, als provisorisches Staatsoberhaupt verantwortlich in das politische Geschehen einzutreten, das traute sich Prinz Max von Baden nicht mehr zu, obwohl ihm alle seine damaligen Mitarbeiter eindringlich zu dieser notgedrungenen Selbstermächtigung rieten. Stattdessen ist er noch am gleichen Tag fluchtartig und auf Nimmerwiedersehen von der politischen Bühne verschwunden. Der definitive Verfall der Legitimität der deutschen Monarchie ging somit schlussendlich auf sein Konto. Ihm fällt die Verantwortung dafür zu, dass aus dem persönlichen Versagen des Reichsmonarchen (und seiner fürstlichen Kollegen in den Bundesstaaten) ein Staatsversagen wurde. Deshalb musste der Einsturz der alten Ordnung ein primär *negatives* Ereignis bleiben, ein so heilloser werden. Was er hinterließ, war ein Machtvakuum – mit destabilisierenden Langzeitfolgen.<sup>60</sup> Nicht zuletzt auch dadurch, dass der Untergang des einst so glanzvollen Kaiserreichs auf eine so unwürdige, ja peinliche Weise von statten ging. So gab es im Herbst 1918 nicht einmal den Umriss einer Ordnung des seit Monaten perhorreszierten Untergangs. Und es gab keinen halbwegs legitimierten Geburtshelfer für etwas Neues. Die Novemberrevolution ist mitnichten eine von politisch schöpferischen Kräften getragene elementare Volkserhebung zur Abschaffung der Monarchie und zur Errichtung der *Weimarer Republik* gewesen. Es fehlte ihr alle politische Leidenschaft, weil nicht einmal die beiden sozialistischen Parteien für *diesen* Umsturz brannten. Insofern war Scheidemanns vielzitierte Proklamation, das deutsche Volk habe „auf der ganzen Linie gesiegt“ ein politisches Hehlwort, mehr noch, es war eine Lebenslüge. Die Machtverschiebung vom 9. November 1918 ergab sich eher zufällig aus dem plötzlichen Zusammenbruch des alten

59 In der Wahrnehmung von Kaiser Wilhelm II. wurde er „von Max von Baden gestürzt“ – so seine handschriftliche Eintragung unter dem 9. November 1918 in sein persönliches Exemplar *Die täglichen Lösungen und Lehrtexte der Brüdergemeinde für das Jahr 1918* (Gnadau: Verlag der Unitäts-Buchhandlung), S. 197, zit. nach dem Faksimile im Katalog *Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil*. Gütersloh/München 1991, S. 160.

60 Vgl. hierzu – wenngleich mit anderem Akzent – auch Leonhard: Die Büchse der Pandora (wie Anm. 15), S. 1003: „Weil der Ausgang aber bis Ende 1918 so unabsehbar und offen war, haftete dieser Überlagerung von Überraschung und Niederlage eine unerklärbare Kontingenz an.“

Regimes, den keine politische Kraft in Berlin bis dato für möglich gehalten hatte.

## V.

Die Kern-These dieser Betrachtung lautet deshalb: Hinter dem kleinen Staatsstreich vom 9. November 1918 stand nicht die Schöpferkraft einer tatsächlich gewollten Revolution von oben. Max von Baden hat dem Kaiser am 9. November 1918 mit seinem Halbverrat nur noch den Purpur von den Schultern genommen, nachdem sich die preußisch-deutsche Monarchie gleichsam von selbst erledigt hatte. Auf dem Weg in die Demokratie fehlte der Reichspolitik fortan eine halbwegs überparteiliche und ausgleichende Machtinstanz. Denn nicht die Monarchie an und für sich, als Staatsform, hatte sich am Ende des großen Krieges diskreditiert, sondern diejenigen, die dieser Institution damals ihr Aussehen gaben, allen voran: Kaiser Wilhelm II. und sein ältester Sohn, der deutsche Kronprinz.<sup>61</sup> Ohne diese beiden Galionsfiguren hätte die Einrichtung als politisch-kulturelle Integrationsinstanz durchaus überleben können. Freilich nur in einem sichtbar erneuerten Format. Denn es ging nicht darum, einen besseren, populäreren Mann an die Spitze des überkommenen Systems zu stellen als den unsäglichen Kaiser Wilhelm. Es ging um die Konfiguration einer demokratisch eingegangenen Volksmonarchie, wie sie etwa zeitgleich in den Niederlanden sowie in Schweden erfolgreich auf den Plan trat.<sup>62</sup> Nur auf diesem Weg eines erkennbaren Wandels von Anspruch und Selbstverständnis des Monarchischen war die Wiedererlangung von gestaltender politischer Kompetenz für diese Institution überhaupt denkbar: als Garant einer tatsächlichen Durchführung der Demokratie in Deutschland.

- 61 In einem auch heute noch lesenswerten Artikel („Wie lange noch?“) hat Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der friedenspolitisch umtriebige Sohn des dritten deutschen Reichskanzlers, im November 1918 diesen Punkt genauestens analysiert: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Hohenlohe, N 1008/59. – Zum Kontext vgl. Patrick Bormann: Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1862 – 1924). Der adelige „Friedensfreund“ im Schweizer Exil, in: Alma Hanning/Martina Winkelhofer-Thyri (Hrsg.): Die Familie Hohenlohe: Köln 2013, S. 156-179.
- 62 Vgl. Cees Fasseur: Wilhelmina. De jonge koningin. 3. Aufl. Amsterdam 1998, S. 530 ff. und für Schweden Gunnar Wetterberg: Nils Edén. Stockholm 2010, S. 55 ff. bzw. Carl Göran Andrae: Revolt eller reform. Sverige inför revolutionera i Europa 1917-1918. Stockholm 1998 (mit jeweils weiterführender Literatur). – Dagegen haben die antizarischen politischen Eliten, die Russland 1917 auf friedlichem Wege demokratisieren wollten, keinen Gedanken an eine Modernisierung bzw. Transformation der Monarchie verschwendet. Vgl. zuletzt eindrucksvoll Semion Lyandres: The Fall of Tsarism. Untold Stories of the February 1917 Revolution. Oxford 2013.

Ein dazu bereiter Regent, ein demokratischer Ersatz-Monarch, hatte es in der Hand, die meisten Anhänger des überkommenen Staatswesens mitzunehmen auf den Weg in ein moderneres politisches System, der mit der Mobilisierung des Volkes seit 1914 vorgezeichnet war. Und zugleich eine weithin sichtbare Abkehr von der politischen Kultur und Moral des dynastischen Militär- und Bürokraten-Staates Bismarckscher Prägung einzuleiten. Ein Zivilist als Träger des deutschen Kaiseriums mit einem wachen Verständnis von den politischen Verpflichtungen dieses hohen Amtes gegenüber der neuen Verfassung hätte endlich auch in Deutschland ein demokratisch-liberales Element im monarchischen Gedanken verankert. Und darüber hinaus womöglich moralische Verantwortung übernommen für die missratene Kriegsführung des Alles-oder-Nichts.

Solch' ein glaubwürdiges Bündnis mit der Demokratie konnte auch der außenpolitischen Stellung des Reiches gegenüber den westlichen Mächten nur zum Guten ausschlagen, indem es deren notorische Abneigung gegen die Großmacht Deutschland als Hort der politischen Unfreiheit konterkarierte. Denn seit dem Kriegseintritt Amerikas und der Festlegung des US-Präsidenten Wilson, diesen Krieg hauptsächlich für die Demokratie zu führen, hatte sich im Lager von Deutschlands ärgsten Feinden eine Gemeinschaft westlicher Demokratien herausgebildet, der gegenüber das alte System des deutschen Kaiserreichs wie eine apokryphe Fremdherrschaft erscheinen musste.<sup>63</sup> Selbst in seiner runderneuerten Gestalt im Oktober 1918, die man auf Seiten der Alliierten nicht zu Unrecht als altes Regime in demokratischer Aufmachung beargwöhnte.<sup>64</sup> Es fehlte noch ein Beweis, dass auf Deutschlands innenpolitische Wandlung tatsächlich Verlass war. Mit seiner mutigen Unterschrift unter das Waffenstillstandsabkommen einen auf Völkerverständigung ausgerichteten Gezeitenwechsel in seiner internationalen Politik vorzubereiten, wäre eine der zentralen Aufgaben von Deutschlands oberstem Repräsentanten gewesen. Das hätte Wilson davon überzeugen können, dass nun wirklich ein neues Deutschland vor ihm steht, zu dem er Vertrauen haben kann.

Vor allem aber im Inneren hätte solch ein Format des Wandels Gutes bewirkt. Denn für große Teile des deutschen Bürgertums erwies sich die mentale Geltungsmacht des Monarchischen auch 1918 noch als erstaunlich nachhaltig. Eine staatliche Ordnung ohne Monarchie konnten sich die meisten von ihnen gar nicht recht vorstellen, darunter viele kluge Köpfe. Die Zugkräftigkeit der Demokratie konnte also für jene Kreise mit einem prinzipiellen

63 Dieses Argument hat der Würzburger Staatsrechtler Robert Pilony schon 1917 in einer vielbeachteten Schrift vertreten, vgl. Ders.: Das parlamentarische System. Berlin/Leipzig 1917, S. 58 f.

64 Hierzu zuletzt Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931. Berlin 2015, S. 219 ff.

Ersatzkaiser an der Spitze im Reich nur gewinnen. Und die angeborene Rücksichtnahme auf den hocharistokratischen Rang des Thronverwesers hätte selbst die Ressentiments der eingefleischten Legitimisten dämpfen können. Das parlamentarische Königtum hätte sich somit zu einer moral-politischen Macht aufschwingen können. Mit Integrationskraft und Orientierungspotenzial, weil sein Dasein als solches noch immer eine gewisse Sicherheit und Kontinuität ausstrahlte. In einer gewollten Allianz mit dem eigenen Volk hätte es wohl auch dem politischen Extremismus von rechts und links manche Tür verschlossen, der dann zu den fatalen bürgerkriegsartigen Zuständen in Deutschland seit Januar 1919 geführt hat. Als Vermittler oder Mahner konnte die Autorität eines Reichsverwesers eine zentrale Rolle für den nationalen Zusammenhalt des erschütterten Reiches spielen. Er konnte zu einem friedlicheren Übergang zur bürgerlichen Demokratie beitragen, d. h. dazu, dass Deutschland beizeiten wieder zu einem halbwegs stabilen politischen System fand.

Die Radikalisierung der politischen Milieus in den frühen 1920er Jahre verdankt sich ganz wesentlich dem Ausbleiben einer wirklichen Revolution von oben im Herbst 1918, einer durchgreifenden Initiative der regierenden Gewalten zur Reform der Monarchie unter Einschluss ihrer gekrönten Häupter. Erst durch den plötzlichen und unerwarteten Einsturz der monarchischen Herrschaft, der einer kollektiven Selbstentkrönung gleichkam,<sup>65</sup> konnte jenes Machtvakuum entstehen, aus dem sich dann die Not- und Sturzgeburt der demokratischen Republik von Weimar erklärt. Eine solche Neugründung des Reiches hatte bei großen Teilen der politischen Öffentlichkeit, der Parteien und der Volksvertretung bis November 1918 gar nicht auf der Agenda gestanden, sie wurde nicht einmal für erstrebenswert erachtet.<sup>66</sup> Die *revolutionäre* Staatsumwälzung vom 9. November 1918 wurde allein deshalb zu einer gebieterischen Notwendigkeit, weil die politisch Verantwortlichen den heillosen Zusammenbruch des Kaiserreichs durch eine Art von Insolvenzverschleppung gleichsam provoziert haben. Unabwendbare Schicksalsmächte waren da nicht im Spiel, wohl aber andauernde Bilanzfälschungen in politisch.

Die ungeschehene Geschichte einer historisch durchaus möglichen Behauptung der Monarchie durch eine demokratische Revolution von oben ist Deutschlands politischer Zukunft zum Schlechten ausgeschlagen. Eine im Volk halbwegs beliebte Monarchie hätte den Möglichkeitspielraum für einen charismatischen Führer vom Schlag Hitlers ganz sicher begrenzt. Sei-

65 Vgl. Machtan: Abdankung (wie Anm. 1), S. 351 ff.

66 Das haben zuletzt wieder zwei regionalgeschichtliche Studien eindrucksvoll herausgearbeitet: Markus Schmidgall: Die Revolution in Baden 1918/19. Karlsruhe 2012, hier S. 117 ff. und Wolfgang Ehrberger: Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie. Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919. München 2013, hier S. 52 ff.

nen rücksichtslosen Willen zur Macht konnte ein solcher *Führer* nur deshalb so wirkungsvoll zur Geltung bringen, weil viele Deutsche noch jahrelang unter dem Phantomschmerz des plötzlichen Verfalls von staatlicher Autorität litten, den der kollektive politische Selbstmord der gekrönten Häupter hervor rief.<sup>67</sup> Der datiert vom November 1918, als durch die anhaltende Lähmung der Macht so etwas wie eine fundamentalpolitische Entwurzelung vonstattenging. Weil viel zu wenige sich nur erklären und damit verstehen konnten, was da gerade um sie herum passierte. Anders gesagt: 1933 beginnt insofern 1918, als gerade der erschreckende Mangel an Widerstandsfähigkeit der monarchischen Ordnung das politische Weltbild so vieler Menschen nachhaltig erschüttert hat. Umso mehr, als an die Stelle der alten Autoritäten erst einmal nur unbeholfene Konkursverwalter und ungestüme Ausnutzer des Trüben, der Leere traten. Und keine Kräfte, die dem royalen Herrscherstand die Macht in einem genau darauf ziellenden Kampf siegesstolz abgerungen hatten. Einen politisch gewollten Aufbruch mit zukunftsweisenden Ideen kann man das, was dieser Zeitsprung zunächst bewirkte, wahrlich nicht nennen. Wohl selten ist eine Epoche so dumpf und politisch verwüstet zu Ende gegangen.

Doch war das alles nicht zwangsläufig, auch wenn die umrissene Alternative einer monarchisch gelenkten Demokratie hierzu ein wenig gewagt erscheinen mag.<sup>68</sup> Letzteres liegt einfach daran, dass sie so fragmentarisch überliefert ist. Man kann sie dennoch zu einer plausiblen Geschichte zusammenfügen. Man muss es sogar, wenn man eine teleologische Wahrnehmung der deutschen Zäsur von 1918/19 vermeiden will. Eine solche Lesart dieser Wende legt Reinhart Kosellecks „Theorie möglicher Geschichte“ nahe, die ausdrücklich dazu auffordert, auch die „Bedingungen möglicher Ereignisse“ gewissenhaft zu eruieren.<sup>69</sup> Das beinhaltet ein ernsthaftes Aufschauen zu

67 Stellvertretend für große Teile des deutschen Bildungsbürgertums hat Friedrich Meinecke vier Jahre nach der Novemberrevolution ganz aufrichtig verkündet: „Der Schmerz aller derjenigen Schichten, die die Träger des monarchischen Staates und Gedankens waren, ist tief und brennt heute noch in ihren Seelen.“ Ders.: Das Ende der monarchischen Welt. In: Neue Freie Presse Nr. 20940 vom 24.12. 1922. Das Phänomen dieser „anhaltenden Strahlkraft des Monarchischen“ habe ich untersucht in meiner Studie Machtan: Der Kaisersohn bei Hitler. Hamburg 2006, hier S. 137 ff. Speziell für den deutschen (Klein-)Adel auch sehr eindringlich Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat. Berlin 2003, hier S. 198 ff., vgl. außerdem Thomas Biskup/Martin Kohlrausch (Hrsg.): Das Erbe der Monarchie. Nachwirkungen einer Institution seit 1918. Frankfurt/New York 2008, vor allem S. 241 ff.

68 Selbst Altkanzler Bülow hat in seinen Memoiren 1923 konstatiert, es hätte sich noch im September 1918 „die gefahrdrohende, sausende Fahrt des Reichswagens verlangsamen lassen“, wenn ihn die richtigen Leute gelenkt hätten, vgl. Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten Bd. III: Weltkrieg und Zusammenbruch. Berlin 1930, S. 285.

69 Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a.M. 1989, S. 165 bzw. S. 175.

dem, was damals politisch möglich war, nach den prospektiven Wirkungen solch‘ einer – wenn auch letztlich vertanen – Option Ausschau halten, zu fragen, wie deren Realisierung wohl auf die Zeit gewirkt hätte.<sup>70</sup> Es ist vielleicht nur ein Seitenblick auf diese Vergangenheit, aber ein Blick vor dem Vergessen. Eine Hypothese überdies, die die Grenze des Behauptbaren nicht überschreitet, weil ihr die Quellen nicht widersprechen.

Die relative Offenheit der historisch-politischen Situation noch im Oktober 1918 ist die eine Entdeckung, die man bei einer Neu-Vermessung der gegebenen Handlungsspielräume und der Erwartungen machen kann. Die andere ist die Natur der Gründe, warum das historisch Mögliche dann schließlich doch unterblieb. Hier geht der Befund dahin, den subjektiven Faktor als mitbestimmend dafür anzuführen, dass der damals leitende Staatsmann aus der prekären Lage nicht das womöglich Beste für Deutschland gemacht hat, hat machen können: Indem er selbst zum Lebensnerv einer demokratischen Monarchie in Deutschland mutierte. Nur die eigenmächtige Übertragung der Zentralgewalt vom Kaiser auf einen politisch entschlossenen Stellvertreter und der enge politischen Schulterschluss mit dem dazu bereiten Führer der MSPD Friedrich Ebert hätten das bewirken können. Und damit mehr, nämlich eine Erneuerung staatlicher Autorität, die der innenpolitischen Polarisierung entgegenwirken konnte. Max‘ festgefahrene politische Denkhaltung und seine tradierten Einstellungsmuster haben das behindert. Doch sein Versagen lag nicht an seiner prinzipiellen Unfähigkeit, die Aufgaben seines Amtes in einem anderen Licht zu sehen. Seine neue politische Rolle, die öffentliche Figur eines Ersatzkaisers, die konnte er sehr wohl in sich selbst finden. Das Potenzial, etwas zu verändern, dürfte er durchaus in sich gespürt haben. Er hatte nur riesige Angst davor, es tatsächlich zu Entfaltung zu bringen. Nicht so sehr aus Skrupel vor dem Bruch getroffener Vereinbarungen, und auch nicht aus Nibelungentreue. Vielmehr muss seine Politikunfähigkeit Ende Oktober 1918 im Wesentlichen auf seinen psychoproblematischen Zustand zurückgeführt werden, auf seine ganz *persönliche* Befangenheit, seine spezifische Empfindungsweise: Er erstarre in der Furcht vor den hochnot- peinlichen, privaten Konsequenzen politisch unkorrekten Handelns. Dieses Gefühl des Elementar-Bedrohtseins war es, das seine Urteils- und Entschlusskraft maßgeblich paralysiert hat. Insofern, aber auch *nur* insofern geriet er in eine unlösbare Situation – eine Lage, in der er zu einer tragischen Existenz werden musste. Die Alleinstellungsmerkmale seiner privaten Biographie waren in eine so unheilvolle Beziehung mit seinem Politikerleben

70 Hierzu jetzt Johannes Dillinger: Uchronie. Ungeschobene Geschichte von der Antike bis zum Steampunk. Paderborn 2015, hier S. 264 ff. Vgl. aber auch die kritischen Einwände von Richard J. Evans: Altered Past. Counterfactuals in History. Jerusalem 2014, hier S. 122 ff.

getreten, dass eine ganz bizarre hochemotionale Gemengelage entstand: ein Melodram mit politischem Kollateralschaden.

Natürlich wird man in der neueren Geschichte selten politische Akteure finden, die ganz aus freien Stücken ebenso klarsichtig wie wagemutig zu handeln vermochten. Aber in dem damaligen Regierungschef Max von Baden begegnet uns ein ganz spezieller historischer Entscheidungs- und Verantwortungsträger, der in einer brisanten Konfliktsituation tatsächlich das berühmte Zünglein an der Waage verkörperte. Dessen individuelle Kraft aber nicht ausreichte, um mit diesem Gewicht politisch zu wuchern. Obwohl er sich über die hohen Risiken seines Nichthandelns im Klaren war, vermochte er seiner Angst vor Verletzungen, Demütigungen und Bloßstellungen nicht Herr zu werden und konnte deshalb auch keine angemessenen Lösungen zur Abwehr der politischen Gefahr eines Systemkollaps exekutieren. Max' innere Einstellung, seine politische Überzeugung, seine Haltung liefern keine hinreichende Erklärung für das folgenreiche Scheitern seiner Regierung. Ohne sein emotionales Empfinden und die von diesem gesteuerten Reaktionen erschließt sich nicht, warum der Möglichkeitsraum für sein politisches Handeln so restringiert, ja blockiert blieb. Er selbst verkörperte die Grenze der politischen Offenheit der historischen Situation im Herbst 1918.

Das deutsche Kaiserreich vor drohendem Untergang zu bewahren, das war seine Vision – doch bewirkt hat dessen Endzeit-Kanzler das genaue Gegenteil. Die Geschichte ging über seine unglückseligen Rettungsbemühungen hinweg. Und sie machte ihn dabei zum Revolutionär ganz wider Willen. Erst unter seiner Kanzlerschaft, die eine historische Chance verspielte, ist die Monarchie als politischer Akteur endgültig aus der deutschen Geschichte gefallen, hat sie sich in Luft aufgelöst. Dafür politisch verantwortlich ist nicht zum wenigsten Prinz Max von Baden – und damit auch für die Folgekosten. Er hat der politischen Kultur seines Landes nicht das geliefert, was er ihr hätte liefern können: eine sozialliberal grundierte Alternative zur Sturzgeburt einer Republik ohne, jedenfalls ohne genügende Republikaner.

Doch diese Bringschuld hat er zeitlebens bestritten. Was dem Debakel vom November 1918 deshalb noch folgte, war ein fast zehnjähriger geschichtspolitischer Federkrieg des Ex-Kanzlers um öffentliche Rechtfertigung, ja Absolution.<sup>71</sup> In diesem, ihn immer mehr zermürbenden Kampf ist Max von Baden rasch verschlissen worden, mit nur 62 Jahren starb er. Da war ihm freilich das politische Licht schon längst ausgegangen auf seinem naturschönen Refugium, Schloss Salem am Bodensee – wohin er sich 1919

71 Mit seiner Überzeichnung einer selbst erlebten Vergangenheit hatte er vergeblich versucht, eine Wunde zu heilen, die sich nicht schließen mochte: Hierzu im Einzelnen Machtan: Autobiographie als geschichtspolitische Waffe (wie Anm. 7).

wie ein Schiffbrüchiger gerettet hatte. Und von dem er auch zeitlebens nicht mehr loskommen sollte.

Trotz dieses Scheiterns bleibt es die Weltgeschichte, die sich in dieser Biographie so überaus eindrucksvoll spiegelt. Und die Bedeutung von Kontingenzen in ihrem konkreten Ablauf. Die faktische Geschichte der deutschen Revolution vom November 1918 als einzige möglichen Ablauf zu interpretieren, greift zu kurz. Ein komplexes Gesamtbild dieser „offenen“ Zeitenwende ergibt sich erst, wenn man auch die nicht zum Zuge gekommenen Optionen historiographisch erschließt und gewichtet.

## Epilog

1919 stand der junge Diplomat – und spätere Widerstandskämpfer – Albrecht Graf von Bernstorff am Startpunkt einer beachtlichen außenpolitischen Karriere als überzeugter Vertreter der demokratischen Republik von Weimar. Unter dem unmittelbaren Einfluss der deutschen Revolution schrieb er damals an eine Vertraute: „Mit dem Prinzen Max haben wir den deutschen Liberalismus begraben.“<sup>72</sup> In der Tat, schon die Generation demokratisch-liberal orientierter Politiker vor Bernstorff hatte in dem letzten Kanzler des Kaisers eine respektable Erscheinungsform jener Geistesströmung gesehen; besser gesagt: in ihm sehen wollen.<sup>73</sup> Solche Zuschreibungen sind insofern auch verständlich, als liberale Avancen durchaus zum Image des badischen Prinzen gehörten. Er hatte nichts dagegen, als *liberal* zu gelten, auch wenn dies de facto kaum mehr als eine Facette seines schillernden Politikerprofils ausmachte. Er goutierte es, weil er vermutlich schon um die politische Macht der Perzeptionen wusste. Und weil er sich selbst immer in der Tradition jener Kultur und Pflege staatsbürgerlicher Freiheiten sah, wie sie speziell im *liberalen* Baden zuhause waren. Das machte ihn freilich noch nicht zu einem waschechten Liberalen, auch nicht zu einem parteilosen. Gleichviel, Prinz Max von Baden gehört zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Schon deshalb weil viele liberale Politiker von Rang – Conrad Haußmann, Friedrich v. Payer, Friedrich Naumann, Max Weber oder Theodor Heuss – meinten, genau diesen, und keinen anderen Mann 1918 aufrichtig unterstützen zu müssen, und zwar so viel als möglich.

Dennoch bleibt diese politische Liaison ein Missverständnis, wie Max von Baden selbst schon kurz nach seinem Berliner Gastspiel richtig gestellt hat, indem er nämlich einem Vertrauten schrieb: „Meine Gegner [...] haben

72 Albrecht von Bernstorff an Elly von Reventlow aus Berlin vom 10.11. 1918. In: Gutsarchiv Altenhof, unverzeichnet.

73 Näheres bei Machtan: Prinz Max von Baden (wie Anm. 5), S. 298 ff.

mich als Pazifisten hingestellt, während mein Wunsch war, den ethischen Imperialismus Deutschlands auf den Grund seiner wahrhaften Stärke aufzurichten. Sie haben mich als Verfechter des öden westlichen Parlamentarismus angesehen, während ich ein Gegner desselben war [...]. Sie haben mich einen Demokraten [...] genannt, während ich [...] ein Verfechter des Führergedankens und der menschlichen Aristokratie bin.“ Zuletzt habe nur noch verzweifelt versucht, „den Kaiser gegen die Revolution zu schützen“.<sup>74</sup> Insofern scheinen sich nicht nur seine Gegner in ihm getäuscht zu haben.

74 Max von Baden an Johannes Müller aus Baden-Baden vom 29.3. 1919, in: Schloss Elmau, NL Müller (Abschrift).